

Die „Volkswocht“
ist ein wöchentliches
und ist durch die
Expedition, Riese, Hauptstadt, 17,
und durch die Postämter zu beziehen.
Preis vierteljährlich 12. 2. 50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 12. 2. 50,
frei ins Haus 12. 2. 50,
wo keine Post am Ort, 12. 2. 50.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher
Redakteur für die Redaktion
Karl Schmitt, Berlin, und
Verwaltungsrat
15. 11. 1911
Inhalte für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 6 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 111.

Breslau, Sonnabend, den 13. Mai 1911

22. Jahrgang.

Links schwenkt!

Bei der Landtagswahl für das Oberamt Leonberg in Württemberg erhielt am Mittwoch der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei, Schutzherr Carlmann, 1799 Stimmen, der Bauernbündler Reichstagsabgeordneter Roth 2425, der Sozialdemokrat Schumacher 2105 Stimmen. Bei den Wahlen 1906 hatte die Volkspartei nur 1106, die Sozialdemokratie 1585, der Bauernbund dagegen 2369 Stimmen bekommen. Es zeigt sich also auch bei dieser Wahl ein starker Zug nach links und ein Abwärteln der Wähler, die früher für die Liberalen abgegeben haben.

Sozialdemokratie und Volkspartei nahm 600 und 700 Stimmen zu, der reaktionäre Bauernbund 400 Stimmen ab — der Zug geht nach links.

Die Milliarde.

Die Reichstagsmehrheit, die jetzt bei der Beratung der Reichs-Verkehrsordnung über alle Verbesserungsvorschläge der Arbeitervertreter hinweggeloppelt, wie ein gutes Rennpferd über alle Hindernisse springt, hat am letzten Dienstag die ersten großen Hindernisse genommen, indem sie die sozialdemokratischen Vorschläge zum Mutter- und Säuglingschutz mit überwältigender Stimmenzahl ablehnte. Herr v. Camp, der nie verlegen ist, am wenigsten dann, wenn es sich darum handelt, eine Ausrede zu finden, bezeichnete bekanntlich die sozialistischen Anträge als unannehmbar, weil die Kosten viel zu groß seien. Er nannte aufs Geratewohl eine Milliarde. Und damit wäre das Schicksal der Anträge entschieden gewesen, hätte nicht schon zuvor ihre Ablehnung festgestanden, da sie an der Spitze die Bezeichnung Abrecht und Genossen trugen. Eine Milliarde! Man hört es und schaudert. Welche gewissenlose Gesellschaft doch, diese Sozialdemokraten, daß sie sich erdreisten, Anträge zu stellen, deren Durchführung eine Milliarde Kosten würde!

Ueber die Rechenmethode des Herrn v. Camp soll gar nicht gestritten werden. Er und seinesgleichen hantieren ja stets mit einem doppelten Einmaleins, je nachdem es sich um Forderungen handelt, die ihnen genehm sind oder nicht. Handelt es sich zum Beispiel um eine Flottenvorlage, dann rechnet man nach dem Muster 2 mal 2 gleich 3; wenn es dagegen um eine Frage der Arbeiterwohlfahrt geht, wird das Exempel 2 mal 2 gleich 5 in allen möglichen Multiplikationen wiederholt. Das sind aber Kleinigkeiten, auf die es hier gar nicht ankommt, wo es sich um eine Frage des großen Prinzips handelt, und darum sollen dem Herrn v. Camp die paar hundert Millionen, um die er sich verrechnet haben mag, ohne weiteres geschenkt sein.

Nehmen wir wirklich an, daß die Durchführung der sozialdemokratischen Forderung nach Wächterrenten und Kinderfürsorge eine blanke runde Milliarde Kosten würde. Lohnt es sich, diese Milliarde aufzubringen? Ist der Zweck wichtig genug? Diese Frage wird in recht verschiedener Weise beantwortet werden, je nach dem Standpunkt, von dem aus man sie betrachtet.

Die bestehenden Klassen werden mit einem Reqn antworten. Für ihre Frauen und Kinder ist ja gesorgt, und die Sorge um die Frauen und Kinder der anderen kann ihnen nichts einbringen als neue Steuern. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Ausbringung einer Milliarde jährlich nicht möglich ist ohne kräftigen Ausbau der Besteuern. Die großen Erbschaften würden zuerst daran glauben müssen, dann kämen die großen Vermögen und Einkommen an die Reihe. Das deutsche Volk schenkt jetzt seinen bestehenden Klassen jura eine halbe Milliarde jährlich, die die Bourgeoisie Englands und Frankreichs in Form von Erbschaftssteuern aufzubringen hat. Wären die sozialdemokratischen Anträge angenommen worden, dann wäre die Einführung einer ausgiebigen Reichs-Erbschaftsteuer sofort notwendig geworden. Und dafür bedankt sich unter bestehendes Bürgertum und das Junkertum erst recht!

Die Sache sieht erheblich anders aus, wenn man sie mit den Augen der heillosen Masse betrachtet. Für sie bedeutet unter den jetzigen Verhältnissen die Vermehrung ihres „Familienglücks“ vermehrte Sorge, oft vermehrtes Elend und Stechtum. Man könnte pathetisch werden und an die Tugenden der Mutter erinnern, die dem hungernden Kinde die weiße Brust reicht; man könnte mit aller deutschen bürgerlichen Familienfermentalität aufwarten, die die Spalten der Romanezeitungen füllt, wenn es darauf anläge, an das Mitleid zu appellieren. Aber die arbeitenden Massen wollen ja keine Almosen erhalten, sie wollen nichts haben, was sie sich nicht erkämpfen können, und darum genügt es, zu sagen, daß für die Durchführung der sozialdemokratischen Vorschläge einen gewaltigen Gewinn bedeuten würde. Wenn die bestehenden Klassen jammern: „Um Gotteswillen, eine Milliarde!“, so kann es für die Besten nur umgeleitet heißen: „Er mit dieser Milliarde!“

Zwischen den Besthenden und den Bestlofen gibt es aber noch ein Drittes: den Staat! Den Staat, der in seiner Wirklichkeit Klassenstaat ist, Werkzeug in der Hand herrschender Schichten, und der sich doch nur dadurch erhalten kann, daß er in seiner Idee Massenstaat, Zusammenfassung und Vertretung der Allgemeinheit ist. Dieser Staat hat — in der Theorie — ein ungeheures Interesse an dem Wohlergehen seiner Bürger: je gesünder und kräftiger sie sind, desto höher wächst auch seine Kraft, desto geringer wird der Ausfall, den seine Volkswirtschaft erleidet durch herabgesetzte Wettbewerbsfähigkeit seiner Bevölkerung, durch Vermehrung der Armenlasten. Für den Staat, im Sinne einer Vertretung der Allgemeinheit, kann es daher keine nützlichere, keine rentablere Ausgabe geben, als diese Milliarde, die der von den Sozialdemokraten geforderte Mutter- und Kinderschutz nach den Angaben des Herrn v. Camp kosten würde. Wenn die Regierung auch hier, wie immer, auf der Seite der bürgerlichen Mehrheit steht, so setzt sie sich damit in Widerspruch zur Idee des Staates und bekennet sich zur brutalen Wirklichkeit der Klassenherrschaft durch den Staat.

Hätten wir und unsere großen Nachbarstaaten Regierungen, die keine Klassenregierungen wären, dann dürfte die Fürsorge für die Mütter und für das heranwachsende Geschlecht an der Kostenfrage nicht scheitern. Eine Milliarde ist ja ziemlich viel Geld, aber den Finanzministern kann man mit ihr nicht mehr imponieren; die sind längst gewohnt, mit Milliarden zu rechnen, wo es um Heeres- und Flottenkosten geht. Könnten dann die Regierungen von Berlin, Paris und London nicht eines Tages zu einander sagen: Wir wollen Freundschaft und Frieden halten und an Müstungskosten sparen, damit wir den Müttern und den Kindern unseres Volkes helfen können!?

Betrachtet man die Dinge genau, so merkt man, daß wir mit unserer bürgerlich-kapitalistischen Kultur noch immer nicht weit vom Kannibalismus entfernt sind. Man wendet Milliarden und Abermilliarden auf, um ein großes Massenmorden vorzubereiten, um Millionen kräftiger, junger Leute von nützlicher Arbeit abzuhalten, und hunderttausend Kavalleriepferde zu füttern. Mütter und Kinder läßt man aber massenhaft zugrunde gehen, weil es an Geld fehlt, ihnen zu helfen!

Politische Uebersicht.

Der Kampf um die Krankenkassen.

So hat denn am Donnerstag endlich der Trappistenbrot sein Schweigen gebrochen. War man doch zu dem Kern- und Angelpunkt der ganzen Vorlage, den skandalösen Bestimmungen gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen gekommen. Im Grunde ist ja die ganze weit-schichtige Aktion nur unternommen worden, um die verhasste proletarische Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen zu Fall zu bringen; speziell die Krautjunker haben durch ihren gutbefohlenen Angestellten, Frauen-Dienst, in der „Deutschen Tageszeitung“ erklären lassen, daß sie an dem ganzen Werke nur wegen dieser Paragrafen wirkliches Interesse nehmen. So wie der Hauptschriftsteller des Bündlerorgans, denkt auch der Sprecher der Konservativen, Graf Westarp, dem die antisemitischen Redakteure der „Täglichen Rundschau“ usw. mit duftenden Vorbeerbängen zu beherrschen pflegen, weil er als Student zum Volle niedergestiegen ist und statt bei einem feudalen Corps einzuspringen, die strebsamen und phrasenbeduselnden Kleinbürgersöhne im Lämmerlein deutscher Studenten mit Höchsteiner Gräßlichen Zugehörigkeit beglückt hat. Jedenfalls bewies Graf Westarp am Donnerstag, daß er die Künste talmudistischer Jungendrescherer im judenfresserischen Verein deutscher Studenten gut gelernt hat. Und im Schimpfen bewies er auch eine Virtuosität, um die sie ihr Standesgenosse Pädler beneiden könnte, ohne daß der Graf auf dem Präsidentenstuhle dem gräßlichen Schimpfer das Handwerk legte. Um so entrüsteter war Graf Schwerin, als endlich einigen Mitgliedern unserer Fraktion der Geduldsfaden riß und sie mit etwas kräftigen Zurufen auf die Schimpfereien des Politjunktlers antworteten. Der andere Redner der Mehrheit, der an diesem Tage zu Wort kam, der Zentrumsabgeordnete Weder-Arnberg, sank mit seinen Ausführungen nicht auf das Niveau eines Grafen herab; er hüte sich wohl, Subelschriften aus dem Reichs-verhandlungsgebiet im Dausch und Bogen zu akzeptieren; aber seine Angriffe, in der Form gemäßigter, waren in der Sache um so gefährlicher. Eine gründliche Abrechnung mit den Verleumdern der Sozialdemokratie und der Krankenkassen hielt Genosse Eichhorn. In anerkannter Weise bekämpfte der Fortschrittler Manz die Kommissionsbeschlüsse. Zum ersten Mal seit Beginn der zweiten Lesung unterbrach Staatssekretär DeLbrück sein Schweigen und feuchte wehmütig darüber, daß die Kommission nicht noch weitere Verschlechterungen beschlossen habe. Eröstend fügte er aber hinzu, daß die Regierung sich mit dem Gebotenen begnügen werde. In der Form wahrte übrigens dieser bläuliche Minister des Anstands und verfiel nicht in den etelhaft rühnen Ton, der die politischen Auslassungen frecher Junker auszeichnete. Am Freitag gab die Beratung weiter.

Das Loch in den Vogesen.

Wilhelm II. hat den Elsaß-lothringischen Landesaus-schuss nach Hause geschickt, weil Herr von Bethmann-Hollweg ihm gesagt hatte, daß die reichsländische Verfassung so gut wie fertig sei. Am Donnerstag aber hat die Reichstagskommission in einer unmöglichen vierten Lesung durch eine geschäftsordnungsmäßig unzulässige Gesamt-abstimmung den ganzen Verfassungsentwurf vorläufig wieder einmal zum Scheitern gebracht. Nachdem es durch das hingebungsvolle Entgegenkommen des Liberalismus gelungen war, eine dem Zentrum genehme Zusammenfügung der Ersten Kammer zu erzielen, geriet das Regierungsschicksal sofort wieder an die neue Klippe des Sprachenparagrafen, der mit Stimmgleichheit abgelehnt wurde, worauf die Freikonservativen und Nationalliberalen ab-schwankten und die ganze Vorlage mit 13 gegen 12 Stimmen fiel.

Ob nun noch eine fünfte Lesung in der Kommission anberaumt oder die Sache direkt vor das Plenum gebracht wird, steht noch nicht fest. Die Regierung läßt offiziell verkünden, daß der Abstimmung vom Donnerstag eine für das Zustandekommen des Gesetzes ausschlaggebende Bedeutung nicht zukomme. Damit hofft sie sich vor der Un-gnade ihres Herrn und Gebieters zu schützen, sie kann aber nicht verkennen, und sie verkennt auch nicht, daß die Sache für sie verzweifelt steht. Sie muß, wenn sie sich nicht tödlich blamieren und die peinlichsten politischen Konsequenzen heraufbeschwören will, in ein paar Wochen mit der Verfassung fertig sein, sie weiß aber heute weniger, als je, wie diese Verfassung aussehen wird, sie weiß nicht einmal, aus welchen Parteien sie ihre Mehrheit bilden soll.

Die Konservativen sind, wie es scheint, für diesen Fall endgültig ausgeschaltet, es bleibt also nur eine Mehr-heit der Mitte übrig, die aus Zentrum, Freikonservativen, Nationalliberalen und Fortschrittlern bestehen müßte. Die Fortschrittler sind daher in der Lage, für ihre positive Mitarbeit die Bedingungen stellen zu können, sie sind, wenn sie wollen, Herren der Situation. Einstweilen haben sie sich aber nicht anders zu betätigen gewußt denn als Diener der Regierung, Bethmann-Hollweg, vor deren ge-bieterischem Unannehmbar sie immer noch mit gehorsamer Verbeugung zurückgewichen sind. Sie haben ihrerseits bis-her nicht erklärt, daß es auch für sie ein Unannehmbar gibt, sie haben sich vielmehr mit der Regierung in einem umständlichen Handel eingelassen, obwohl diese neuer-dings erklärte, daß sie nicht nur nicht auf die Erste Kammer verzichte, sondern auch nicht einmal für das gleiche Wahlrecht zu haben sein werde.

Heute befindet sich die Regierung in einer Situation, in der sie froh sein muß, wenn ihr geholfen wird, in der sie sogar schon dankbar sein muß, wenn man es vermeidet, ihr allzu viel Steine in den Weg zu legen. Und in dieser Situation kann und darf nicht davon die Rede sein, daß die Verfassung für Elsaß-Lothringen gemacht wird ohne das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Selbst Graf Hofadomsky, der doch wahrhaftig kein demo-kratrischer Stürmer und Dränger ist und der der ganzen Vorlage äußerst skeptisch gegenübersteht, gibt in einem Leitartikel des „Tag“ ohne weiteres zu, daß die reichs-ländische Verfassung ohne allgemeines, gleiches, ge-heimes und direktes Wahlrecht undenkbar ist. Wenn die Regierung die Stellung des Kaisers als Landesherrn, die lächerliche Erste Kammer und damit die ganze Verfassung retten kann unter Dreingabe des Reichstagswahl-rechts für Elsaß-Lothringen, so kann sie sich unter den gegebenen Umständen immer noch glücklich schätzen, ein so gutes Geschäft gemacht zu haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ihr Heuhestes anbieten, um zu verhindern, daß die ohnehin schlechte Verfassung noch durch die Einführung eines Pluralwahl-rechts völlig verhungert wird, und sie würde es sich sicherlich als ein großes Verdienst anrechnen dürfen, wenn es ihr gelänge, eine solche Pluralrechtsverfassung in den Ortus zu befördern.

Einstweilen darf man die Fronie der Weltgeschichte beobachten, die vierzig Jahre nach dem Abschluß des Frankfurter Friedens die Franzosen dem Marokko gehen läßt, während das offizielle Deutschland wie hypnotisiert auf das Loch in den Vogesen starrt.

Zu den Vorgängen in der Kommission bemerkt der „Ber-liner Lokal-Anzeiger“ noch: „Nach Schluß der Sit-ting erhob sich eine sehr lebhaft ausgesprochene Äußerung über die Schlußabstimmung überhaupt hätte vorgenommen werden dürfen. Eine Anzahl Kommissionsmitglieder, und besonders leb-haft auch einige Vertreter der Regierung, erklärten diese Schluß-abstimmung für unzulässig, da solche Schluß-abstimmungen bei Kommissionsberatungen überhaupt nicht in Frage kommen können. Schließlich bereitete sich auf Anregung der hollsparteilichen Mitglieder eine Anzahl von Kommissions-mitgliedern, die einen herabigen negativen Ausgang zu verbin-dern wünschten, zu einem förmlichen schriftlichen An-trag an den Vorsitzenden, die Kommission demnach zur Be-ratung des Wahlgesetzes zusammen zu berufen, ein Antrag, dem vermutlich demnach Folge gegeben wird.“

Das „Berliner Lokal-Anzeiger“ fragt, was nun weiter werden solle, und antwortet: „Wären nicht ab, das Wort hat, jetzt die Regierung. Zwischen zwei Feindpartien in Wiesbaden wird Herr von Bethmann ja „Instruktion“ erlassen. Für eine Zeitung wird er dann so wasser, wie er über Marokko und den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag, über eine Geschichte

stellen des Reichstages und über Maß-Lothringen zu denken...

Die ecksa-lothringische Verfassungsreform ist in der Donnerstag-Sitzung der Kommission mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt worden...

Rachenschläge für das Zentrum.

Das Zentrum sucht im Laufe der Zeit die Tatsachen umzuwälzen und tut so, als habe es mit der Verwirklichung der neuen Steuern eine glorreiche patriotische Tat begangen...

Die Rauffähigkeit der Arbeiterklasse ist durch die Steuererhöhung notwendiger Lebensmittel beeinträchtigt.

Auf Seite 126 heißt es:

Gerade gegenwärtig ist in diesen Artikeln (Raumwaren) mit einer umso größeren Sparfahigkeit zu rechnen als die notwendigen Lebensmittel eine empfindliche Steuer durchmachen.

Seite 139 (Ueber Tabakindustrie):

Die Wirkungen des neuen Tabaksteuergesetzes zeigten sich noch schlimmer als befürchtet war.

So äußert sich der Bericht noch an mehreren Stellen und legt damit nicht bloß Zeugnis ab gegen das Zentrum, das das Volk verraten hat, sondern auch für die katholischen Textilarbeiter des Münsterlandes...

Der „Gegen“ der Steuer des Schnapshotels.

Im Jahresbericht des Königsberger Vorsteheramtes der Kaufmannschaft für 1910 wird der Nachweis geliefert, wie sehr die vom Schnapshotel geschaffenen Steuern Handel und Gewerbe geschädigt haben.

Der Kaffeekonsum war erheblich niedriger als in den letzten 6 Jahren; weil einerseits die Vorverforgung gelegentlich der letzten Jollerhöhung nachwirkte...

voller Arbeit vernichtet sind. (Ein Beweis, wie sehr der Schnapshotel gesteuert hat.) Die durch die Steuer herbeigeführte Erhöhung der Spritpreise konnte nicht in vollem Umfange auf die Abnehmer abgewälzt werden...

Die erneute, im August 1909 in Kraft getretene Erhöhung der Brausteuer legte dem Brauergewerbe, sowie den damit in Verbindung stehenden Bierverlagsgeschäften...

Uebrigens muß im Bericht des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft ausdrücklich angegeben werden, daß auch durch den Schnapshotel der Verbrauch ganz erheblich beeinträchtigt wurde.

Zwang zur Ungeleslichkeit.

Seit acht Tagen tobt die Presse der regierenden preussischen Junterpartei gegen die sächsische Regierung, weil sie diese unterstanden hat, am 1. Mai gesetzlich zu verfahren.

Darüber sind die preussischen Junker nun außer sich vor Wut; sie beschuldigen in ihren Zeitungen die Dresdener Regierung der Begünstigung der Sozialdemokratie.

Das Verbot sozialdemokratischer Aufzüge und Versammlungen im Freien ungesetzlich ist, darüber konnte auch zuvor nicht der geringste Zweifel bestehen.

Die Erfahrung lehrt hundertfältig, daß von den Veranlassungen der Arbeiterorganisationen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht zu befürchten ist.

Großvater Archipp und Njonta.

Von Maxim Gorki.

Der Sozial kam hoch an ihn heran und gab auf den Grund des Alten langsam zur Antwort: „Ach, auch guten Tag!“

„Njonta!“ Njonta fuhr von einem Stoß in die Seite zusammen und sah den Großvater an. „Dein Gesicht war länger, hageter und grauer geworden und deine Gang war gar.“

hatte. Die Situation dieses Herrn ist heute wahrscheinlicher weniger angenehm, als die des Polizeipräsidenten von Metz...

Die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart. In einer Wählerversammlung, die Mittwoch Abend in dem Stuttgarter Vorort Wangen stattfand...

Zur Privatbeamtenversicherung. Die Regierung scheint jetzt den Gedanken aufzugeben zu haben, das Privatbeamtenversicherungsgesetz noch im gegenwärtigen Reichstage zur Erledigung zu bringen.

Wieder eine Erzeugnisse. Für die deutsche Armee mußte nun auch die Taktikoffiziere „geregt“. Das preussische Kriegsministerium hat verfügt:

Bei den Musikern der Fußtruppen ist zum Taktieren ein einfacher, dunkler, mit einer fünf Zentimeter langen hellen Spitze versehener Stoch zu verwenden.

Nun sage man noch, daß bei uns keine Ordnung herrscht. Einem 50 Zentimeter langen Taktstoch ist die Drillmusik sicher nicht gewachsen!

Magister und Magistrat. Im Münchener Magistrat wurde kürzlich die Magister verhandelt. In der „Kugelsch. Abendzeitung“ und anderen Blättern war der Magistrat getadelt worden.

Der Kampf gegen die Jugend. Am Mittwoch wurden von der Polizei vier Jugendversammlungen aufgelöst. Die Jugend hat dann nach den Versammlungen einen Ausflug nach dem kleinen Exerzierplatz unternommen.

In Njontas Rehle blieben die Tränen stehen wie ein großer Tropfen, der ihm das Ainen erschwerte, das unverständliche Gemurmel des Großvaters hörte auf...

(Fortsetzung folgt.)

Pumps-, Molier-Halbschuhe in grau, weiss und farbig, schwarz und braun, Rips, Chevreau, Wildleder, Lackleder mit breiten Schleißen und Schnallen.

Die grosse Mode

390 425 675 850 975 bis 1650

Elegante Damen- und Herren-Stiefel
neueste Ausführungen 590 675 850
schwarz und braun, mit und ohne Lack.

In Goodyear Welt System Handarbeit
975 1150 1450 bis 2450

Kinder-Stiefel	Grösse	20-22	23-24	25-26	27-30	31-35
	in Box-leder	250	290	350	390	425
	in braun	135	250	290	460	490
	in Wildleder	135	195	250	265	325

in den beliebtesten modernsten Naturalformen

Vorteilhaft und gut deeken Sie Ihren Bedarf an Schuhwaren in

Breslaus grösstem Schuh-Haus

Taucher G. m. b. H.

15 Reuschestr. 15

Telephon 5752. Ecke Reussenohle, parterre, I., II., III., IV. Etage. Telephon 5752.

Beachten Sie bitte die enorme Auswahl in unseren 10 Schaufenstern.

Weitgehendste Garantie für Haltbarkeit.
Portofreier Versand nach Auswärts. Reparaturen gut und billigst.
Wiederverkäufer erhalten billigste Extra-Preise.

Cord-Hausschuhe	23-29	30-35	36-42	42-47
	0.65	0.75	0.95	1.10

Arbeits-Schuhe und Stiefel
für Damen und Herren aus kräftigem Wildleder 390 465 590 675

Knaben-Stiefel 36-40 von 390 an.

Sandalen von 240 an. **Turnschuhe** nach Vorschrift von 165 an.

Stadt-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Abschiedsvorstellung für
Fr. Kiehe-Wedekind
„Der Freischütz“.
Sonntag 7 Uhr:
Seliges Kammerlänger Plausche.
„Siegfried“.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Mabine“.
Montag 7 1/2 Uhr:
„Der Possillon von Conjancau“.
Dienstag 7 Uhr:
„Götterdämmerung“.

Palmengarten.
Festabend:
Bedienung
im
Soyenrod.
Konzert:
Damen-Trompeter.

Peukers Brauerei, Fischergasse 24.
Sonntag: Garten-Freikonzert verbunden mit Eisbein-Essen.
Dienstag, Donnerstag und Samstag: Auskaut von Jungbier.
Es ladet ergeblich ein [2570] Heinrich Sack.

Volksvorstellung 1910/11.
Für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.
Mittwoch, den 17. Mai cr.
abends 8 Uhr:
Stadt-Theater.
„Nathan der Weise“
von C. Lessing.
Preise:
I. Rang 1.00, III. R. Stehplatz 0.30, Stehgalerie 0.15.

Schirme, Krawatten, Handschuhe
Herren- u. Knaben-Mützen
sowie sämtliche Herren-Artikel.
Nur gutes Fabrikat.
Stets Neuheiten.
Belannt reelle Bedienung.
Reparaturen an Schirmen
gut und billig. 2568

Paul Pluntke, 38 Friedrich-Wilhelmstr. 38
vis-à-vis Deutscher Kaiser.
Schirmfabrik und Herrenartikel-Geschäft.

Lobe-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Abschiedsvorstellung für
Herrn Richard Senius
„Blackschmann als Erzähler“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Glaube und Heimat“.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Die Geisha“.
Montag 7 1/2 Uhr:
„Glaube und Heimat“.
Abschiedsvorstellung für
Herrn Plank.
„Fräulein Stranding“.

Beachten Sie nur Reformier aus der
Breslauer Union Brauerei

Herren- und Knaben-Garderobe
in grösster Auswahl 1583
zu billigsten Preisen bei
Wilhelm Kauerhase,
nur Kupferschmiedestr. 16.
Vorzeiger 5% Rabatt.

„Nathan der Weise“
von C. Lessing.
Preise:
I. Rang 1.00, III. R. Stehplatz 0.30, Stehgalerie 0.15.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen,
Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler
kaufen Sie reell und billig bei
Paul Hauschild jr.,
1893 Eisenwarenhandlung,
Nr. 102, Friedrich-Wilhelmstrasse Nr. 102.

Thalia-Theater.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Fräulein Oscar Will
„Der Registrator auf Reisen“.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Die Geisha“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Glaube und Heimat“.
Abschiedsvorstellung für
Herrn Plank.
„Fräulein Stranding“.

Herren- und Knaben-Garderobe
in grösster Auswahl 1583
zu billigsten Preisen bei
Wilhelm Kauerhase,
nur Kupferschmiedestr. 16.
Vorzeiger 5% Rabatt.

Ruba-Seife
Diese gute reelle Kern-Seife bleibt trotz allen Neuerungen
das beste Waschmittel
zur Erzielung blendend weisser Wäsche
bei grösster Schonung derselben. 2278
Ueberall erhältlich.
Fabrikant Rudolph Balhorn, Breslau.

Echt amerikan. Panama-Hüte
dauerhafteste und fehlerfreie Qualität mit elegant. Garnitur Wert 975
bis 35.00 Mk. Jetzt durchweg 9 M.
Herren-Filzhüte mit Futter, steil und weich. 95
schw. u. farb., mod. Fass, nur 1 M.
Stroh-Hüte für Herren, Knaben u. Mädchen
Stauend billig! Grosse Auswahl!

Rester-Mützen für Knaben u. Herren von 35 Pf. an
Engl. Herren-Bund-Mützen 95 Pf.
Hut-Fabrik-Niederl.: Schmiedebücke 17/18, Ecke Kupferschmiedestr.
Fil.: Adalbertstrasse 6. 2267

Schauspielhaus
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Abschiedsvorstellung
„Der Verschwenker“
(in 2 Akten)
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Majestät Witwe“.
Dienstag 8 Uhr:
„Der Verschwenker“.
Dienstag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Majestät Witwe“.
Dienstag 8 Uhr:
„Der Verschwenker“.

Wohlfeil irrtlich
reelle und gute Möbel
kaufen will, komme nur zu [217]
Siegfried Brieger
Kupferschmiedestr. 24.
September 1899. Dezember 9177.
Besichtigung nach Vereinbarung.
Preisliste gratis und franko.

Ruba-Seife
Diese gute reelle Kern-Seife bleibt trotz allen Neuerungen
das beste Waschmittel
zur Erzielung blendend weisser Wäsche
bei grösster Schonung derselben. 2278
Ueberall erhältlich.
Fabrikant Rudolph Balhorn, Breslau.

Uhren und Goldwaren
kaufen Sie bei mir am billigsten und besten.
Aus Anlaß meines
25 jährigen Geschäftsjubiläums
gemähre ich bei jedem Einkauf auf meine bekannt
billigen Preise
10% Extra-Rabatt
und empfehle ich als besonders preiswert:
Herren-Reinigungsuhren v. 3 Mk. an
Echt silberne, gefest. ge-
stempelte Herren- und
Damenuhren v. 6 Mk. an
Goldene Damenuhren v. 12 Mk. an
Goldene Herrenuhren v. 25 Mk. an
Freischwinger u. Regu-
latoren m. Schlagwerk,
zirca 1 Meter lang v. 10 Mk. an
Wetter v. 1.25 Mk. an
Herren- und Damen-Ketten
in grösster Auswahl
Ohrringe, Broschen, Armbänder,
Colliers
Spazierstöcke mit Silbergriff.
Spezialität: Goldene Trauringe
nach Gewicht, in allen Preislagen.
Eigene Werkstatt für Reparaturen. 1226

Viktoria-Theater
Die neue Komödie
Bei uns in Breslau
mit
Henry Bender.
Aufang 8 Uhr.

Ziehung 18. Mai.
Marienburg. Lose.
à 1 Mk., 11 Stück 10 Mk.
Porto und Liste 30 Pf. extra.
Hauptgewinne Mk.:
10000
4800

Nut-Hanke
Sub.: Joh. Tessler
Friedrich-Wilhelmstr. 23.

Rohtabake!
Esamirer Nr. 240, 250, 250, 3.-
3.20, 3.40, 4.-, 4.40, 4.50. Garmen
Dunkl. Nr. 1.40, 1.50, 1.60. Java
Dunkl. Nr. 1.75, 1.80, 2.-, 2.20.
St. Gell. Brandl. Nr. 1.40, 1.50, 1.70,
2.-, 2.20. Wähler Nr. 0.92, 0.95, 1.-,
Wähler grüne Nr. 1.-, 1.10. Pfeffer
Nr. 1.60 bis 2.-. Nr. 1.60 bis 2.-.
Nr. 0.50, 0.60, 0.70, 0.80, 1.-. Ge-
wolge Ripp, Java-Fal., Domingo,
Cuba, Panama. 2418

A. Möwius, Uhrmacher,
Gegründet 1886. Uhren- u. Goldwaren-Kaufhaus, Gegründet 1886.
Kupferschmiedestr. 56, Eckschmiedebücke 56.
Achtung! Ich mache noch besonders darauf auf-
merksam, daß sich mein Geschäft nach
wie vor Kupferschmiedebücke, Eckhaus Schmiede-
bücke Nr. 56, befindet. Vom Ringe aus links.

Zeltgarten
Günig's Concert-Societä
Klassik - Vorstellung
Entree 10 Pfg.
Sonn- u. Regentag

Ziehung 22. u. 23. Mai.
Aachener Geld-Lose
à 5 Mk., Porto u. Liste 30 Pf.
Nur bare Geldgewinne.
Hauptgewinne Mark:
100000
40000
20000
10000

Johannes Kubis
Gneisenaustr. 17,
Ecke Lehnemann.

Güte, nur gute, reelle
Qualitäten, für
Herren und Knaben.
Neueste Formen in
Stroh-Hüten, engl. Mützen
zu billigsten Preisen.

Vierzehntägig erscheinen die
Glühlichter
Sozialdemokratisches Witzblatt
pro Nummer 10 Pfg.
Suchhandlung Volkswacht.

Edvard Bernstein
verschiedene Farben
des Glühlichters.

Ziehung 26.-31. Mai.
Calmer Geld-Lose
à 5 Mk., Porto u. Liste 30 Pf.
Nur bare Geldgewinne.
Hauptgewinne Mark:
100000
50000
10000

Wir empfehlen:
Tod
der
Todesstrafe!
von J. Stern.
Preis der Vereinsausgabe
20 Pfg.
Kühnig. Witzsch.

1 Tropfen Geolin
putzt
Glühlichter
jedes

Metallglas
Glaswerkzeug

Glühlichter
Sozialdemokratisches Witzblatt
pro Nummer 10 Pfg.
Suchhandlung Volkswacht.

1. Beilage zu Nr. 111 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 13. Mai 1911.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Mai.

Geschichtskalender.

13. Mai.

1910 Preussischer Kultusminister verbietet den Lehrern Teilnahme an Lehrerverfammlungen.

Heute Frauen-Versammlung

im „Ballhof“, Schlegelstraße 12, für Frauen und Mädchen des Odeors. Weitere öffentliche Versammlungen werden abgehalten:

- Sonntag**, den 14. Mai, Nachmittags 2 Uhr bei Müller in Oltaschin.
- Sonntag**, den 14. Mai, Nachmittags 5 Uhr bei Schreier in Groß-Mochberu.
- Montag**, den 15. Mai, Abends 7 1/2 Uhr bei Kahl (Morosäfte) in Pöpelwitz.
- Dienstag**, den 16. Mai, Abends 7 1/2 Uhr bei Pache in Klein-Majewitz.

Rednerin in allen diesen Versammlungen ist die Genossin Weissenberg, deren Tätigkeit bis jetzt einen guten Erfolg gehabt hat. Ueberall waren die Versammlungen gut besucht, Hunderte von Frauen und Mädchen sind für unsere gerechten Bestrebungen gewonnen worden und der Partei beigetreten, für die sie nun weiter wirken und schaffen wollen.

Parteigenossen und Genossinnen! Wir dürfen nicht ruhen und rasten, bis auch die schlechtesten Frauen und Mädchen zu vielen Tausenden der sozialdemokratischen Fahne folgen. Ihr Männer allerorten sorgt dafür, daß eure Frauen die Versammlungen besuchen.

Vortrag des Genossen Dr. David.

Während der Tagung des Deutschen Bundes für Mutter- und Kinderschutz wird auch der Reichstagsabgeordnete für Mainz, Genosse Dr. David, der dem Bunde als rühmliches Mitglied angehört, in einer Versammlung sprechen. Dieser Vortrag wird Sonntag, den 14. Mai, Abends 8 Uhr, im Saale der Börse gehalten; das Thema lautet: „Geschlecht, moral und Rassenverbesserung“. Die Absicht, den Genossen David am Montag Abend im hiesigen Gewerkschaftshause sprechen zu lassen, mußte leider aufgegeben werden, weil während der Beratung der Reichsvereinerungsordnung jedes Fraktionsmitglied der sozialdemokratischen Partei im Reichstage zur Stelle sein muß. Es bietet sich also auch den Genossen nur Sonntag Abend in der Börse auf der Graupenstraße die Gelegenheit, den Genossen David über ein soziales Problem reden zu hören.

Stadtverordnetenversammlung.

Die Neuordnung der Breslauer Theater-Verhältnisse bildet den Hauptgegenstand der gestrigen Beratungen im Stadtparlament und wenn auch die Zahl der dabei mitwirkenden Redner keine allzu große war, so mußte doch ein jeder die Zeit wacker aus und bedachte seine Rollen mit einem längeren Speech. Herr Heilberg als Referent schiedle voraus, daß für ihn die Breslauer Theaterfrage nicht in erster Linie eine finanzielle, sondern eine Bildungsfrage ist, bei der die Stadt verpflichtet ist, größere Opfer zu bringen. Er kennt, kein grundsätzlicher Gegner des Monopols zu sein, denn er hat zurzeit der konkurrierenden Theater nirgends einen besonderen Aufschwung gesehen. Ob aber die Frage der Opfer richtig abgewogen sei, ob zwischen den Leistungen der beiden Kontrahenten keine Unstimmigkeiten und Unklarheiten herrschen, das will er in den Ausschüssen untersucht sehen. Von ihnen er-

wartet er auch ohne weiteres eine Prüfung der Frage, ob sich die wertvollen Klassikervorstellungen nicht erheblich vermehren lassen und ihre Aufführung nicht ins Schauspielhaus zu verlegen sei. Stadtv. Wohlaue hält ein so starkes Unterstützungsbedürfnis für die Theaterdirektion nicht mehr für vorliegend, wenn der gemeinsame Betrieb aller vier Kunststätten die Ausnützung aller Vorteile des Großbetriebes möglich mache. Er beantragt aber, die Ausführung von bedeutend billigeren Opern- und Schauspiel-aufführungen für Unbemittelte und Schüler im Verträge mit Direktor Löwe zu fordern. Stadtv. John sieht die Ansprüche der Theater im Geiste schon ins Kielenshafte steigen und mahnt deshalb energisch, die Verpflichtungen der Stadt nur auf das Stadt-Theater zu begrenzen und jede Verbindlichkeit gegenüber den anderen Theatern aufzuheben. Seine Ausführungen erweckten lebhafteste Zustimmung bei seinen Fraktionskollegen. Genosse Hermann, der hierauf das Wort erhielt, sieht in dem Privatmonopol, sowie in den gestiegerten Leistungen der Stadt für die Theater eine Durchgangsstation zur städtischen Intendanz. Breslau wird den gleichen Weg gehen wie Leipzig, und die städtische Verwaltung solle sich darauf vorbereiten. Besonders die Regelung der Verhältnisse nötig, wobei allerdings die Stadt ein größeres Mitbestimmungsrecht über Engagements- und Arbeitsverträge der minderbesoldeten künstlerischen und technischen Angestellten sich sichern müsse. Der Kammerer, Herr Matthes, verteidigt in lebhafter Rede die Vorlage des Magistrats als die rationellste Verteilung der sich aus den hiesigen Verhältnissen notwendig ergebenden Pflichten und fürchtet, daß eine andere Ordnung der Dinge die Geschichte nur noch teurer machen werde. Er tritt auch noch einmal den Einwänden des Stadtv. Hamberger entgegen, der die Situation in die Worte Löwes zusammengefaßt wissen will: Ich habe zu den übrigen Theatern noch das Schauspielhaus übernommen, bitte, bezahlt mir die Pacht. Er meint, die Stadt habe dazu umso weniger Anlaß, als es sich ja um die Operellen handle, welcher Anschauung der Referent in seinem Schlusswort entgegentritt. Schließlich wanderte die ganze Vorlage mit den dazu gestellten Anträgen an die Ausschüsse I und II.

Nun hätte der Vorschlag des Magistrats zum Hochwasserschutz zur Beratung kommen sollen. Herr Ritsche aber beantragte mit etwas fadenleuchtigen Gründen die Vertagung der Beratung auf nächste Woche und wurde dabei von Herrn Herchel unterstützt. Der Widerspruch des Bürgermeisters Trentin und der Stadtverordneten Wohlaue und Löwe blieb erfolglos, die Herrschaften waren des langen Haberns müde und eine kleine Mehrheit nahm den Vertagungsantrag an. Der Hochwasserschutz wird also erst am kommenden Donnerstag zur Beratung kommen. Aus den Verhandlungen über die Theaterfrage haben wir folgendes hervor:

Stadtv. Heilberg (fr.) führte zunächst aus, daß es sich wieder einmal wie schon seit etwa 20 Jahren um eine abermalige Abänderung des Vertrages mit Herrn Direktor Löwe handle. Auch in der jetzigen Vorlage des Magistrats sei der künstlerische und auch der materielle Teil nicht genügend geklärt. Die finanzielle Unterstützung des Stadttheaters durch die Stadt darf aber auch nicht in den Vordergrund gestellt werden. An erster Stelle müßte die Bildungsfrage stehen. Und nun fragt es sich, hat die Stadt überhaupt Verpflichtungen dem Theater gegenüber? Eigentlich nicht. Ihre Bildungsbestrebungen kann die Stadt durch ihre Schulen, Museen etc. betätigen. Sie könnte schließlich den Theaterbetrieb Vereinen oder Privatpersonen überlassen, die wirklich ideale künstlerische Interessen vertreten. Ob dies vorteilhaft ist, lasse er dahingestellt. Aber wie die Dinge jetzt nun einmal liegen, hat die Stadt die moralische Verpflichtung, auf dem Gebiete der Kunst die Bevölkerung zu versorgen. Ganz gleich, ob ein Theatermonopol, wie es durch die Ueber-

nahme des Schauspielhauses durch Direktor Löwe entsteht, da ist oder nicht. Schon früher, als ein solches Monopol noch nicht bestand, war mindestens ein gleicher Prozentsatz mit den Leistungen des Stadttheaters zufrieden und unzufrieden wie heute. Kritiker hat es immer gegeben und wird es immer geben. Aber das durchschnittliche Niveau unserer Vorstellungen ist durchaus nicht schlechter, als an anderen Bühnen gleichartigen Charakters. Die Ausstattung lasse zwar manchmal zu wünschen übrig, aber das sei an anderen bedeutenderen Bühnen auch der Fall. Der Theaterbesuch habe sich erfreulicherweise demotiviert, und Leute, die vor 20 Jahren schon das Theater besucht haben, wollen heute etwas anderes sehen. In anderen Städten sind die Theaterbesucher meistens Fremde, während es bei uns Einheimische sind. So lange wir das sogenannte Theater-Monopol halten, sind wir nicht schlecht dabei gefahren. Und als das Schauspielhaus eröffnet wurde, glaubten viele, daß nämlich dem Theatermonopol eine Konkurrenz entstanden sei. Eine Konkurrenz habe zwar formell bestanden, aber schon nach zwei Jahren habe sich gezeigt, daß das Schauspielhaus zur schlechtesten Operellenbühne wurde. Nach diesen Erfahrungen könne man eigentlich gegen die Wiedereinführung des Monopols nichts einwenden. Bedenklicher sei die Einzelstellung der einzelnen Bühnen, wenn zum Beispiel das Schauspiel in das ungenutzte Opertheater verbannt werden soll. Das klassische Schauspiel und das neue Lustspiel soll nur an 15 Spieltagen gebildet werden, das sind etwa nur 5 Prozent der ganzen Vorstellungen einer Spielzeit. Für die breite Masse des Volkes hat das Schauspiel einen bedeutend höheren Wert als die in Aussicht genommenen 10 Operenvorstellungen. Die Schauspieler sollten nach dem Schauspielhaus verlegt werden.

Bei der finanziellen Bewertung des Monopols kommt die Stadt zweifellos billiger weg, als bei Uebernahme des Stadttheaters in eigene Regie. Nachdem sich der Redner noch über die an das Stadttheater zu gewährenden Zuschüsse des näheren ausgelassen, empfiehlt er die Vorlage an die Ausschüsse I und II zu überweisen, die gewissenhaft prüfen müssen. Aufklärung müsse noch über den Stand, die Verwendung und die soziale Lage des Personals geschaffen werden.

Stadtv. Wohlaue: Ich habe für die Vorlage keine Sympathien und keine Antipathien, beantrage aber, die Beschlüsse von 20.500 Mark an den Direktor zu streichen, weil ich der Meinung bin, daß sich das Stadttheater nach der Neuordnung selbst halten kann. Eine eigene Regie ist viel teurer, weil das Bürgerum an eine städtische Bühne naturgemäß mehr Anforderungen stellt. Die Rechnung, die uns Herr Direktor Löwe gemacht hat, erscheint mir nicht ganz richtig. Herr Löwe darf uns doch nicht glauben machen, er handle nur aus idealen Gründen. Zur öffentlichen Frage möchte ich bemerken, daß die Oper nach dem Urteil aller Sachverständigen auf das Schauspiel dagegen ungenügend und mäßig ist. Nach meiner Meinung ist es das Beste, wenn wir je zwei Theater unter eine Leitung stellen. Dann entsteht ein edler Wettbewerb, der befruchtend auf die Theaterverhältnisse wirkt.

Stadtv. John (kons.)-Klerikal ist gegen das Monopol, wodurch der Stadt bei einer etwaigen Kündigung durch Direktor Löwe das Stadttheater lahmgelegt werden könnte. Die Vorlage bedeutet, daß in unseren Theater-Verhältnissen eine reinliche Scheidung fast unmöglich sei. Die Stadt habe sich nur um das Stadttheater zu kümmern und dieses muß ordentlich subventioniert werden.

Stadtv. Schumann (Soz.): Die Vorlage des Magistrats ist gewissermaßen eine Leidensgeschichte unserer Theaterverhältnisse; sie bedeutet aber auch ihre Sanierung. Die jetzt angebotene Regelung sei aber immer noch nicht die richtige; die Uebernahme in eigene Regie sei das Erstbestenswertige. Das Schauspiel liege in Breslau sehr im argen, es bestehe heute nur noch die sogenannte Nicht-Vorstellung. Das Schauspiel wäre im Schauspielhaus besser als im Opertheater aufgeführt, aber das erster soll Mängel in der Musik aufweisen. Man spricht jetzt so viel vom Monopol und der freieren Konkurrenz, die den vereinigten Theatern im Schauspielhaus entsteht. Von einer eigentlichen Konkurrenz kann keine Rede sein. Ein Theater, das auf Renommee hält, ist aber nicht mit einem geschäftlichen Geschäft zu vergleichen. Leipzig ist schon einen Schritt weiter gegangen, als wir. Dort hat die Stadt zum eigentlichen Stadt-Theater, wo Oper und Schauspiel gespielt werden, noch eine Operettenbühne erworben. Die Vorlage bedeute aber einen lichtvollen Augenblick des Magistrats, indem er das Theater nicht als Erwerbssache, sondern als Bildungsstätte behandelt wissen will. Wenn es also eine solche wirklich werden soll, dann aber müßten solche Bildungsstätten in eigene Regie übernommen werden. Das Stadt-Theater wird einen dauernden Zuschuß erfordern. Man

Aus aller Welt.

Ballonfahrten mit Erdgas. Bekanntlich wurde bei den Tiefbohrungen nach Wasser, die von der Behörde für die Wasserversorgung der Stadt Hamburg ausgeführt werden, am 3. November 1910 bei dem Orte Neuengamme in dem hamburgischen Gebiet der Biederste 246 Meter Tiefe eine ergiebige Gasquelle erschloß, aus der brennbares Methanogas unter sehr starkem Druck in ungeheurer Menge ausströmte. Am zweiten Tage entzündete sich das Gas, vernichtete den hohen hölzernen Bohrturm und alle anderen Holzteile in unmittelbarer Nähe des Bohrtropfes und brante dann unter ohrenbetäubendem Getöse, Jischen und Pfeifen in zwei riesigen seitlichen Stichtämmen von je 10-15 Meter Länge einer aufwärts gerichteten Fackel von 3-4 Meter Höhe und noch anderen kleineren Flammen wochenlang, Nachts die Gegend weithin beleuchtend. Nachdem es wieder Schwarten gelungen war, mit einer Dampfströbe die Flammen zu löschen, wurde das Gas von der Behörde durch ein feines Gitter-Röhrensystem abgeleitet und der Bohrtropf mit einem Bleiropf und einem Erdturm zur möglichen Beseitigung der Unbilligkeiten umgeben; in die beiden je 35 Meter langen Ableitungsrohre wurden Ventile und Manometer eingefügt, ebenso brachte man am Bohrtropf selbst ein im Erdturm hervorragendes Manometer an. Während der Druck an den beiden äußeren Manometern 22,5 Atmosphären beträgt, zeigt das mittlere Manometer 26,5 Atmosphären, der wahre Druck des Gases ist sogar noch höher. Eine Verwertung des Erdgases, das etwa doppelt so viel Wärmeinheiten (6000) besitzt wie Leuchtgas (3000), hat man bisher noch nicht zu unternehmen gewagt, weil man fürchtet, das Gas könne nach Verstellung löstlicher Bauten bald verfliegen. Nur auf eine Weise hat man es sich bereits nutzbar gemacht: zur Füllung von Luftballons. Zum ersten Male ließ der Hamburger Verein für Luftschiffahrt am 17. April (Ostermontag) den von den Vereinten Gummitfabriken Garburg-Wien in Garburg zur Verfügung gestellten, 2200 Kubikmeter fassenden Freiballon Garburg II mit Neuengammer Erdgas füllen, welche Prozedur wegen der anzunehmenden Vorsicht 1 1/2 Stunden in Anspruch nahm. Oberleutnant v. Ritschevski und Freiherr von Hammerstein vollführten dann eine glatte Reise bis in das mecklenburgische Gebiet. Zum zweiten Male füllte der genannte Verein am 23. April seine eigenen Freiballons, den 1500 Kubikmeter fassenden Ballon Hamburg und den 1200 Kubikmeter fassenden Ballon Bürgermeister Rönneberg mit Neuengammer Erdgas. Beide Ballons nahmen ihren Kurs gleichfalls nach Mecklenburg und landeten glatt. Zwar hat sich das Methanogas durch diese Fahrten für den Luftsport als zweckmäßig und nützlich erwiesen, aber billiger als Leuchtgas, in der Praxis ist es nicht

es jenseit aber erheblich noch. Ein Kubikmeter des Neuengammer Erdgases trägt nämlich 0,55 Kilogramm, ein Kubikmeter Leuchtgas 0,7 Kilogramm und ein Kubikmeter Wasserstoffgas 1,1 Kilogramm.

Ueber das blutige Duell in Berlin dessen Opfer Herr von Gaffron geworden ist, wird noch folgendes gemeldet: von Gaffron hatte dem Freiherrn Oswald von Ritschhofen seinerzeit 25.000 Mark geliehen. Dieser künftige die Forderung einer Erbschaft von 40.000 Mark. Es kamen dann Gerüchte in Umlauf, daß von Ritschhofen durch G. betrogen worden sei. Herr v. R. wollte die Gerüchte aus der Welt schaffen, konnte das aber nicht mehr behaupten, weil er sich nach Ostafrika begeben mußte. Nach seiner Rückkehr ward er im November 1909 durch v. G. in einem großen Berliner Weinhaus geschoßen. Herr von Gaffron ward dafür vom Schöffengericht zu 500 Mark, von der Strafkammer zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht erklärte, daß von Gaffron in der der Geldsache ganz einwandfrei gehandelt habe. In der gleichen Ansicht kam aber auch die Militärbehörde in Bezug auf den Freiherrn von Ritschhofen. Der Referent beim 2. Garde-Infanterie-Regiment blieb. Die ehrengerichtliche Untersuchung, die von Ritschhofen nach dem Kontrakte selbst gegen sich beantragte, hatte zum Ergebnis, daß festgestellt wurde, daß das Verhalten Ritschhofens sowohl in der Geldsache als auch bei dem Kontrakte und dessen Folgen einwandfrei war.

Es wurde festgestellt, daß von Gaffron tatsächlich dem Freiherrn von Ritschhofen nur 25.000 Mark geliehen hatte und dafür 40.000 Mark zurückzahlen sollte. Als Beweis hierfür dient der Vertrag, der zwischen beiden abgeschlossen wurde, in dem sich von Ritschhofen zur Zahlung von 40.000 Mark verpflichtet. Als weiterer Beweis dafür, daß von Gaffron für die Schuldschuld von 25.000 Mark sich 15.000 Mark an Zinsen berechnete, dient der zweite Vertrag, in dem von Gaffron seinen Anspruch von 40.000 Mark auf 25.000 Mark die wirkliche Schuldschuld, nebst sechs Prozent Zinsen herabsetzt. Beide Verträge sind in den Händen des Bezirkskommandos. Beweis hierfür ist auch das Schreiben des Rechtsbeistandes v. Gaffrons an die beiden Brüder Ritschhofens, in dem diese gebeten werden, ihre Einwilligung zur Abtretung des häuslichen Erbes von Ritschhofens in Höhe von 40.000 Mark an von Gaffron zu geben. Dieses Schreiben beweist auch, daß von Gaffron wußte, daß die beiden Brüder an der Abtretung ihre Einwilligung geben mußten. Ritschhofen hat entgegen dem Wettbewerbiger Darstellung das Geld nicht in Monte Carlo verstreut. Jedenfalls wieder ein großes Stillsitzen aus dem Leben der Menschen, die man dem Volke als die Geben und Besen vorzuführen will.

Getterschäden und verhängnisvolle Blitzeschläge. Am Mittwoch Abend suchten außerordentlich heftige Gewitter die Gegend heim. In der Nähe von Köln wurde ein Tagelöhner vom Blitze erschlagen; in Frohnhausen bei Gladbach ein junger Bursche und zwei Pferde. Ein Blitzeschlag traf auch das Pferd des Landwirts Schneider in Witterich; es wurde auf der Stelle getötet. Der Besitzer fiel unter das Pferd und wurde schwer verletzt; er wurde erst später in bewußtlosem Zustande aufgefunden und nach seiner Wohnung gebracht.

Auch in Thüringen haben Gewitter viel Schaden angerichtet. In Saalfeld wurde ein sechsjähriges Mädchen auf freiem Felde vom Blitze getroffen und getötet und in Merseburg ein junger Mann, der zwei Pferde führte, vom Blitze erschlagen. Ueber der Gegend von Bamberg und im Fränkischen Jura gingen Mittwoch Nachmittag sehr schwere Gewitter nieder, die von starken Hagelschlägen begleitet waren. Es wurde auf den Äufern großer Schaden angerichtet. In Memmelsdorf bei Bamberg wurde eine aus Nürnberg dort weilende Wegereisfrau vom Blitze getroffen und auf der Stelle getötet. In Baumersdorf wurden ebenfalls zwei spielende Kinder vom Blitze erschlagen. Auch wurden in anderen Ortsteilen Schuppen und Häuser von Blitzeschlägen in Brand gefaßt. In Leiter bei Nassenburg wurde ein Dienstknecht vom Blitze erschlagen.

Handwerker und Spiritisten. In Paris existiert eine „Gewerkschaft der Musikanten“, zu der sich die Handwerker Frankreichs vereinigt haben, und die sich in letzter Zeit mit den Praktiken gewisser Spiritisten beschäftigt hat. Einer der bekanntesten französischen Taschenspieler, M. Remy, hat nun ein Buch über die spiritistische Praxis geschrieben, in dem er die Vorträge zusammenfaßt, die er über dieses Thema vor der Gewerkschaft der Musikanten gehalten hat. Er sieht in 50 Prozent aller sogenannten spiritistischen Manifestationen Betrügereien der Medien. In New York besteht eine regelrechte Schule, wo angebende Medien gelehrt werden, Gegenstände mit den Fingern zu schreiben, durch einen besonderen Mechanismus Tische knicken zu lassen, mit Phosphor und Wasserstoff übernatürliches Licht zu erzeugen oder mit 5 Metern feinen Stoffes, die in einer elektrischen Flasche finden, ein Geheiß zu machen. M. Remy enthält allerlei keine Tricks solcher betrügerischen Medien. Wie gut ist zum Beispiel das Medium daran, das dauchredet. Wie viel Geschicklichkeit gehört dazu, dem spiritischen Geiste, der während der Experimente die Hand des Mediums halten will, statt dessen eine Hautschuttlage zu reichen. Ein anderer legt in einem Wassergefäß Fische erhaschen: er hielt sie in seinen Händen, weil die an den Fischen befestigt waren. Am einfachsten machte es sich jedoch ein Medium, das zwei berühmte Forscher Geistes einmal täuschte. Die beiden Herren Gerson sehr mis-

Kann sich mit dem mit Dr. Böde abzuschließenden Vertrag nicht so ohne weiteres einverstanden erklären, wenn sich der Magistrat nicht ein erweitertes Bestimmungsbereich sichert. Das müsste hauptsächlich bei der Berücksichtigung der Klassifizierungsstellen und bei der Beförderung der sozialen Lage des gesamten Personals der Fall sein. Die Sozialdemokraten behielten sich vor, im Anschluss entsprechende Anträge zu stellen.

Kämmerer Matthes: In der ganzen Presse und auch hier in der Versammlung ist schon erörtert worden, daß die Beschlüsse ungünstig sind. Auch auf die Verpflichtung, den schlechtbezahlten, weiblichen Mitgliedern später die historischen Kostüme zu stellen, ist hingewiesen worden. Nach der ganzen Vergangenheit des Herrn Böde kann man darauf kommen, daß er das Monopol nicht zu seinen Zwecken ausnützt. Das Schauspielhaus kann für das Schauspiel nicht verwendet werden, weil die Musik zu schlecht ist. Es bleibt uns also nur das Theater für die Stadt, das die Stadt bezahle. Ich bin gegen einen allzukleinen Zuschuß, weil mir es nicht nötig haben, Herrn Dr. Loebe den Fachtvertrag zu sichern.

Stadtv. Hamburger: Die ganze Vorlage hat auf mich einen ungünstigen Eindruck gemacht. Der neue Fachtvertrag kommt zu schnell. Es wird zuerst gefordert, daß der Fächter nicht auskomme, und nachdem man ihm Zuschuß gewährt hat, rächt er ein viertes Theater und verlangt, daß die Stadt auch diese Nacht bezahle. Ich bin gegen einen allzukleinen Zuschuß, weil mir es nicht nötig haben, Herrn Dr. Loebe den Fachtvertrag zu sichern.

Stadtkämmerer Matthes verteidigte noch einmal mit Wärme die Magistratsvorlage und sieht in dem zu schaffenden Monopol keine Gefahr für eine Verschlechterung unserer Theaterverhältnisse. Einzelne Wünsche lassen sich noch realisieren.

In seinem Schlusswort hob der Referent noch einmal die Vorteile der Vereinigung aller Theater unter gemeinsamer Leitung hervor. Das Stadt-Theater ist in der Hand eines Wärders nur mit großen Zuschüssen zu erhalten. Noch mehr Zuschüsse bedarf es, wenn Oper und Schauspiel in einem Theater zusammen gepflegt werden sollen.

Die Vorlage wurde den Ausschüssen I und II überwiesen, ebenso als Material ein Antrag Wohlauer, der billige Oper- und Schauspielvorstellungen fordert.

Für die elektrische Beleuchtung des Schiefers wird ersichtlich der Tagung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie werden 1000 Mark gefordert. Stadtvordnehmer Scholich (Soz.) hält die Bewilligung der Mittel nicht für angebracht. Der Verein der Zuckerindustriellen ist sehr gut in der Lage, die Beleuchtung aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Für die Leuchte, die in Stärke von 1500 bis 1600 Mann hier einen Kongress abhalten, seien nur 300 Mark bewilligt worden, für die 400 Zuckerindustriellen dagegen 1000 Mark. Es müsse einmal mit dem ewigen Vermitteln von Geldern der Allgemeinheit für solche Zwecke ein Ende gemacht werden. Wenn die geforderte Summe angedeutet wird, vielleicht beantragt das die Herren, nicht wiederzukommen. Bürgermeister Trentin fürchtet, daß durch die Verteilung der Summe Bekleidungsgegenstände im Lande verlieren könne. Es handle sich hier nicht um eine Bewilligung durch die Stadt, sondern um eine Beleuchtung des Schiefersberggartens. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Mittel zur Regulierung der Straßen an den geschlossenen Friedhöfen zwischen Schulstraße, Nordweststraße und Malter Stadtgraben werden, nachdem Stadtvordnehmer Scholich um Schutz der dort stehenden Bäume gebittet hatte, bewilligt.

Der Antrag über den Anlauf von Land für einen Schmelzplatz hinter der Märkischen Straße für 15.720 Mark und über die Anlegung der dort geplanten Straßen wurde dem Grundstücksausschuß überwiesen.

Ohne Debatte wurden folgende Vorlagen erledigt: Annahme der Ferdinand-Girl-Studienanstalt mit einem Kapital von 30.000 Mark; Verpachtung des Weidenhofer Gasthauses an den bisherigen Pächter unter den bisherigen Bedingungen für 2000 Mark jährlich auf fünf weitere Jahre vom 1. Oktober dieses Jahres an; Einrichtung der elektrischen Beleuchtung sowie des elektrischen Betriebes der Pumpenanlagen im Sauerbergpark in Weidenhof für 1200 Mark durch Anschluß an das Nebenland der städtischen Elektrizitätswerke; Erteilung der Bewilligung für die Um- und Erweiterungsbauten des Schlachthofes; Einrichtung einer Krankenstation im Allerheiligenhospital; Bewilligung von 13.699 Mark für Instandsetzungen an den Gebäuden des Allerheiligenhospitals; Umgestaltung der Hofgartenstraße zwischen Scharf- und Kaiser-Wilhelm-Platz; Erneuerung der Gleise der städtischen Straßenbahn auf dieser Strecke; Neuherstellung des Pfeils der Straße An den Kolonnen; Anlegung der Vorgemelle zwischen Zahnstraße und deren nördlicher Parallelstraße sowie Anlegung des Schmelzplatzes auf der Westhödenstraße in der Breite; Kanalisierung der Brunnstraße; Deduktion der Kosten für die in Bearbeitung genommenen, dann aber aufgegebenen Erweiterungsbauarbeiten der Schmelzstraße für Herren- und Geschäftsbau von 10.144 Mark aus der Anleihe von 1906; Einrichtung einer Kanalisationsleitung für die Anna und Marie-Louise-Straßen; Abschließen von 273 Mk. für einen elektrischen Unterbogen für den Walltransport auf den Straßenbahngeleisen; Verteilung von Stipendien von Schul-lehrerinnenanstalten.

Schluß der Sitzung nach 7 Uhr.

Die beleidigte Reichsverbandsgröße.

Wegen Beleidigung des Reichsverbandsamtlages v. Dirlsen hatte sich am Donnerstag Genosse Wolf vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Die Beleidigung wurde in einer längeren Notiz erbildet, die sich mit den Praktiken des Reichsverbands im Allgemeinen und mit dessen scholster Agitationsweise im Wohnort des Herrn v. Dirlsen im besonderen befahte. Herr v. Dirlsen, der im Reichstage die schwersten beleidigenden Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer erhoben hat, der weiter als Vorstandsmitglied des Reichsverbands für die von diesem herausgegebenen Schmähschriften mit verantwortlich ist, fühlte sich beleidigt, weil sein Name im Zusammenhang mit der Notiz gebracht wurde.

Genosse Wolf hob in der Verhandlung mit Recht hervor, daß in der Notiz scharfe Ausdrücke nur deshalb gebraucht wurden, weil man sich in der Abwehr befunden habe. Die Flugblätter, aus denen Bruchstücke in der Verhandlung vorgelesen wurden, und das Stenogramm der Reichstagsrede des Hrn. v. Dirlsen bestätigten die unfaire Art und Weise, mit der die Sozialdemokratie bekämpft wird. Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Tetz, sprach trotzdem Genossen Wolf die Wahrung berechtigter Interessen ab und bat den Gerichtshof um eine empfindliche Verurteilung. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Brandmann, hob hervor, daß größere und gemeinere Beschimpfungen der sozialdemokratischen Führer und eine verwerflichere Kampfweise als sie der Reichsverband pflegte, kaum denkbar seien. Wenn der Reichsverband keine Schmähschriften so abfasse, daß einzelne Personen ihn nicht fassen könnten, so sei das eher ein Mangel an Mut und an Ehrlichkeit, als ein besonderer Vorzug. Große Fässer von Schlammfluten ließe der Reichsverband über die Sozialdemokratie aus. Da sei es kein Wunder, wenn eine scharfe Abwehr folge. Es lägen berechnete Interessen vor, die zur Freisprechung führen müßten. Weiter wies er gebührend den Vorwurf des Klagevertreters zurück, der eine Geldstrafe nicht verhängt haben wollte, weil diese aus der unerschöpflichen Kasse der Sozialdemokratie bezahlt würde. Es sei nicht Sache der Richter zu fragen, wer die Strafe zu zahlen hätte. Hände der Gründung des Klagevertreters Anwendung, kann müde ein reicher Mann selbst bei dem kleinsten Vergehen mit Gefängnisstrafe belegt werden, weil er das Geld aus der Kasse nehmen könnte, ohne besonderen Schaden dabei zu empfinden.

Herr Rechtsanwalt Tetz versuchte in einer Erwiderung die Politik in den Gerichtssaal zu tragen. Er sprach von ererbten Geldern, von sozialdemokratischen Uebergriffen, von angezettelten Ausschreitungen und dergleichen. Genosse Wolf beehrte ihn dahingehend, daß Politik in dem Gerichtssaal nichts zu tun habe. Hier sei lediglich zwischen Recht und Unrecht zu entscheiden.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes wurde Genosse Wolf zu hundert Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Wahrung berechtigter Interessen wurden ihm abgeprochen.

Die Tanzschleife und die Lustbarkeitssteuer.

Am 11. Juni v. J. veranstaltete der Distrikt 7 des Sozialdemokratischen Vereins Breslau in Bövelwitz bei Knappe ein Sommerfest, das in Konzert-Aufführungen und Tanz bestand. Von Männern wurde ein Entree von 19 Pfg., von Frauen 10 Pfg. erhoben. Tanzschleifen wurden für 30 Pfg. verkauft. In dieser Art des Entrees erwiderte der Magistrat eine Steuerhinterziehung und forderte von dem Festorganisator, Genossen Stritz, Kartensteuer von zwanzig Mark. — Dagegen klagte Stadt in Verwaltungsstreitverfahren. — Der Magistrat vernahm eine Anzahl Augen, um den Nachweis zu führen, daß die männlichen Gäste genötigt waren, Tanzschleifen zu kaufen, das somit der Betrag dafür mit zum Entree gerechnet werden müßte. Die Kassiererin sagte aus, daß nur die Tänzer eine Tanzschleife kaufen mußten. Die Konzertbesucher hätten nur Entree zu zahlen. Der Schatzmann befand dagegen, daß jeder männliche Gast eine Tanzschleife erwerben müßte. In der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirksauschuß am 11. Mai vertrat der Magistratsvertreter Justizrat Friedenhal die Meinung, daß der Charakter des Festes als ausschlaggebend anzusehen sei. Wegen des Tanzes sei das Fest veranstaltet worden; der größte Teil habe sich auch dem Tanz zugewandt. Nur einige ältere Leute mögen sich bei dem Entree gerechnet haben. Der Betrag für die Tanzschleife sei somit zum Entree zuzurechnen. Die Tanzsteuer sei gezahlt worden. Das genüge aber nicht; es müßte auch Karten-

steuer gezahlt werden. Stadt behauptete, daß nicht nur die älteren, sondern auch viele jüngere Leute nicht gelangt haben, daß niemand gezwungen worden ist, eine Schleife zu kaufen. — Bei jedem Feste sei es üblich, dem Gaste eine Tanzschleife anzubieten. Unmöglich kann die Tanzschleife oder der Betrag dafür als Entree gelten, denn es wird doch dafür etwas Besondere geleistet. Der Bezirksauschuß schloß sich jedoch den Ausführungen des Magistratsvertreters an und erklärte auf Abweisung der Klage. Neben der Pauschale dürfte der Magistrat auch Kartensteuer erheben. Eine Pauschale ist aber garnicht gezahlt worden, sondern Tanzsteuer. Die Tanzsteuer ist aber als Pauschale angerechnet worden.

* **Maisfest im Landkreis.** Das schlechte Wetter am vorigen Sonntag hat einen Teil der Maisfest unendlich gemacht, weshalb sie für Sonntag, den 14. Mai, nachmittags angelegt worden sind. Die Genossen von Böpeltz, Klein-Gandau und Neulirch veranstalten ihr Maisfest bei Dürzwanger in Klein-Gandau, die Land-Distrikte 14 und 15 (Herbain, Dürzgoß, Tschansch) bei Zappe in Groß-Tschansch. Die Eintrittspreise sind niedrig, so daß ein zahlreicher Besuch zu erwarten ist. Auch die Breslauer Genossen und Genossinnen sind willkommen.

* **Oswig.** Die Sitzung der Gemeindevorsteher am 10. Mai beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Abflußgraben von den Rosenthaler Weiden durch die Gemeindeviertel von Oswig an der Bojener Eisenbahn. Diesen Abflußgraben will die Gemeinde Rosenthal durch das einen Morgen große Grundstück der Gemeinde Oswig legen, die sich dahin schicklich gewonnen ist, dieses Grundstück der Gemeinde Rosenthal für 3000 Mark zum Kauf anzubieten. — Eine landliche Fortbildungsschule für den Landkreis Breslau ist noch nicht beschlossen worden, da die Vertreter erst Erhebungen über den Nutzen und die Kosten der Schule eingehen wollten. — Die Vertreter beschloßen dann, am 28. Mai, Donnerstag, 10 Uhr, das Elektrizitäts-Werk zu besichtigen. Treffpunkt ist die Endstation der Elektrizität in Oswig um 9 1/2 Uhr. Jedes Gemeindeglied kann sich daran beteiligen. Im Übrigen läßt der ganze geschäftsmäßige Gang der Sitzungen noch zu wünschen übrig.

* **Achtung, Arbeiter in den chemischen Fabriken!** Im Laufe der nächsten Woche (15. bis 20. Mai) veranstaltet die Justizstelle Breslau des Fabrikarbeiterverbandes eine Reihe von Betriebsversammlungen für die in chemischen Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Thema in allen Versammlungen lautet: Die Notwendigkeit kurzer Arbeitszeit in der chemischen Industrie. Wir fordern alle in chemischen Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, diese Versammlungen massenhaft zu besuchen. Diese Versammlungen müssen sich zu einer wichtigen Kundgebung für die Verkürzung der Arbeitszeit gestalten. Die Ortsverwaltung.

* **Achtung, Zimmerer!** Der Betonarbeiter Buschle hat der Zementfirma G. Simon in Neustadtamts drohte vier Zimmerer, die auf dem Schulhausneubau Steinstraße, Ecke Bohrauerstraße, beschäftigt sind, mit hinauswerfen aus der Baustelle. Um dem zu entgehen, legten sieben Zimmerer die Arbeit nieder. Die Baustelle ist für Zimmerer gesperrt.

Die Lokalverwaltung.

§ **Kandauanfall.** In der Nacht zu Donnerstag, kurz nach 1 Uhr, begab sich ein taubstummer Handelsmann, der mit Zuckern in den Restaurationen Kaufhandel betreibt, nach Schluß der Restauration auf den Heimweg. In kurzer Entfernung von der zuletzt besuchten Restauration wurde er beim Einbiegen in die Bövelwitzstraße von drei Burschen überfallen. Zwei derselben packten ihn bei den Armen, schlugen ihn und bedrohten ihn mit einem gezückten Messer, während der dritte ihm den Korb mit Zuckern und den Hut vom Kopfe entriß und das Weite suchte. Darauf ließen die beiden Burschen auch den Handelsmann, der, soweit er das als Taubstummer konnte, um Hilfe schrie, los und verschwanden. Der neue weiße Korb aus Weidengeflecht enthielt Zuckern im Werte von etwa 18 Mk. und der geraubte Hut war ein gelber weicher Filzhut. Die drei Räuber sind etwa 17 bis 20 Jahre alt. Angaben zu ihrer Ermittlung sind an das Polizeipräsidium Zimmer 59 zu richten.

* **Tiefgräbe auf dem Laube.** Im Januar 1911 wurden in vielen Ortschaften der Umgegend von Breslau zur Nachteil schwere Diebstähle verübt, wobei zum Teil die Erlöse für die Dabesigeten der Diensthofen, Kleidungs- und Schmuckstücke und die Papiere der ländlichen Arbeiter verloren gingen. Als Täter wurden schließlich der 20-jährige Fürsorgejüngling Seavold Jochem und der Pauschalier Karl Wittner ermittelt und festgenommen. Jochem legte sich bei seiner Verhaftung einen falschen Namen bei; er ist schon oft bestraft. Jochem hatte nachweislich 14 schwere und einen einfachen Diebstahl ausgeführt, sich außerdem eines Betruges und zweier Uebertretungen schuldig gemacht. Wittner war an zwei schweren Diebstählen beteiligt und zweimal der Fehler gewesen. Wegen dieser Straftaten hatten sich die beiden vor dem 2. Strafkammer in Breslau zu verantworten. Wegen Jochem, dem mildeeren Umständen verurteilt wurde, lautete das Urteil auf 6 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und 4 Wochen Haft; Wittner erhielt eine Gesamtstrafe von 7 Monaten Gefängnis.

traulich und bestanden darauf, während der Experimente le eine Hand des Weibens zu halten. Durch einen Reizfehler leuchtete plötzlich das Licht auf, und die beiden gelehrten Herren sahen, wie sie dalagen und sich gegenseitig die Hände drückten. Das Redum hatte inzwischen mit seinen beiden freien Händen die allerhöchsten „Phänomene“ hervorgerufen...

Wie man Soldateninstandsetzungen aufrollt. Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt hatte sich der Unteroffizier Kaspar Komrad vom 9. kaiserlichen Feldartillerie-Regiment vor dem Kriegsgericht in Augsburg zu verantworten. Der Angeklagte hatte sich zahlreiche Mißhandlungen der ihm untergebenen Rekruten zuschulden kommen lassen. Klöße mit dem Säbel auf Knöchel und Hagen, Arrien mit den Füßen, ja sogar „Stupfen“ mit dem Messer sollte den Söhnen des Volkes mühseligen Schweiß beibringen. Komrad wurde in 15 Fällen schuldig gesprochen und wegen Mißhandlungen untergebenen zu der lächerlich geringen Strafe von zehn Tagen gelinder Arrest verurteilt.

Humoristische Skizzen für Schaubühnen. Auf einem großen Tische lagen die Passanten jüngst herum einer außerordentlich hübschen Szene: aus dem ersten Stockwerk eines Hauses hörte man gelinde Pflöcke, dann ging ein Fenster in Achtung, und dahinter erschien eine junge Frau, einhergehend in großer Aufregung. Eine Straßener war zu Boden gefallen, in größter Eile hielt sie die junge Frau die Leiter abwärts und ließ sie folgen ihr ein junger Mann. Während ihr beiden noch zwischen Himmel und Erde hielten, erschien ein Postenführer eine zweite männliche Gestalt, mit einem Dolch bewaffnet, die vollen Mund schrie: „Da! Komme, da muß herbei!“ Sogleich folgte die Menschenschere, die sich mühseliger angestrengt hatte, diesen Vorgängen. Der Posten eilte herbei; plötzlich aber machten die drei handelnden Personen Halt, und der Herr mit dem Dolch sagte mit verächtlicher Stimme: „Mein Damen und Herren! Hier ist eine Szene aus dem neuesten Roman, mit dessen Abdruck die L.-V.-Zeitung heute beginnt.“

Explosion eines Schießens. Die „Vorgänge“ wurden aus Schambel in Düsseldorf: Am Mittwoch Vormittag erfolgte während des Schießens eines durch eine Karte aus Schieß-

Explosion, durch welche die mit dem Zeichnen des Paketes beschäftigte Frau Schrandtner und ihre Tochter sehr schwer verletzt wurden. Die Wohnung wurde stark beschädigt. Man nimmt einen Radefest an. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Todesfall eines Abwärtlers in Johannisthal. Donnerstag früh zwischen 5 und 5 1/2 Uhr ereignete sich auf dem Flugplatz in Johannisthal bei Berlin ein tödlicher Unfall. Der Pilot Hans Bodenmüller machte auf dem Felde Flugversuche. Wahrscheinlich infolge des unrichtigen Wetters lag der Abwärtler über die Barriere hinaus und geriet auf diese Weise in Kollision mit dem außerhalb des Flugplatzes befindlichen Postgebäude. Der Anzeiger der sich in schneller Fahrt befand, ließ mit großer Schnelligkeit gegen das Dach des Hauses und drang mit dem Vorbeifahrt in dasselbe hinein. Der Pilot wurde mit dem Kopf gegen die Kante des Daches geworfen und muß sofort die Bewusstlosigkeit verloren haben. Beim Abflug geriet er unter den Anzeiger und erlitt dabei schwere innere Verletzungen, die in wenigen Minuten den Tod des jungen Abwärtlers herbeiführten. Die Untersuchung der Leiche ergab, daß Bodenmüller eine Festschnur des rechten Augenflügels sowie verschärfte Rippen- und Knochenstücke davongetragen hatte. Bodenmüller, der seit ungefähr vier Monaten in Johannisthal weilte, ist am 22. Januar 1889 in Albersleben geboren und war von Beruf Kaufmann. Er machte heute seinen ersten Flug von berlinerweiter Höhe.

Ein gratuliert Karl. Der „Deutschen Tageszeitung“ wird gratuliert: Welch von allen modernen Verleibspägen trümt im Carzogen Lamentum ein Paß in jeder Reichsrepublik haben. Größlich ist das Leben seiner Verleibspägen. Und doch auch nicht vor irgend einem eingewanderten Genuß der Frieden geht wird, dafür jetzt ein solcher Gemeindeglied. So jähle hier der elenden Tagen eines Genußes, als er eben die Verleibspägen verließ. Er brachte ihn auf Nummer Acht, um ihn am Donnerstag dort zu transportieren, wo er es eigentlich geistig, nämlich nach Düsseldorf. Der Weg von dem Ort bis nach Düsseldorf ist weit, und er muß ja sich zurückgelassen werden. Unter Verleibspägen muß ja beständig auf dem Schatzwege noch sein und mit, um wenigstens den Weg nicht zu verlieren zu können. Einmalig gegen die Welt los: Der Verleibspägen, der Gefangene und das Kind. Schon während in der Szene die Szene überdeckt, da mußte der Gefangene plötzlich eine niedrige, schmale Erhöhung. Er hatte sein Fort-

aber das Portemonnaie war nicht zu erblicken. Was tun? Der Gefangene wußte Rat. Um nicht den Beamten, der ja für die nachlässige Aufbewahrung des Geldbeutels nicht verantwortlich zu machen war, noch mehr zu erwidern, erklärte sich der Gefangene großmütig bereit, auf des Beamten Kade den Weg zurück zu rufen und allein zu suchen. Der Gemeindeglied solle indessen warten. Gerührt über diese gerechte Arbeitsverteilung des Genußes gab ihm der Beamte harmlos das Rad hin, und während dieser munter Davonredete, machte es sich der Zurückgebliebene auf dem grünen Rasen am Wegesrande bequem und freute sich der Schönheit des Platzes. Ab und zu spürte er ein leises Mittel mit dem Vermissen, der da im Schweiß seines Angesichts radelte und suchte. Als aber Stunde um Stunde vorüber waren, ohne daß der Davonredete wieder im Gesichtskreis des Lamentum auftauchte, da ging diesem ein ungewohntes Licht auf. Er starrte und schimpfte wie ein Kindle, schour dem gemeinen Kerl frästerliche Rache, wenn er ihn wieder einmal unter seine Finger bekommen sollte und traf ihn sich jämlich kleinlaut in Lüstet ein, um hier den Vorfall zu melden. Und den Weg nach seinem Heimatdorf mußte er obendrein auch noch wieder zu Fuß zurücklegen.

Immer-Mecklenburg. Der jüngste Gefreite der deutschen Armee ist jetzt, wie man weiß, der Erbprinz von Mecklenburg, der aus Anlaß seines ersten Geburtstages, bis zu dem es loszugehen als „Gemeiner“ gelebt hatte, seine erste militärische Auszeichnung, die „Knappe“ bekam. Dieser alle wahren Deutschen patriotisch erhebende Vorgang wird von Julius Stettenhelm im „Lil“ wie folgt besungen:
Der Erbprinz von Mecklenburg hat geruch,
Ein Jahr alt zu werden, und das war gut;
Mit Hilfe dieses erhabenen Sohns
Nun verläßt die Zukunft des Throns.
Und drum kam salutierend daher
Der Grenadier-Regimentskommandeur
Und sprach: „Gut leß“ Er, doch nicht! Hurra!“
Und der Erbprinz von Mecklenburg sagte: Ah! Ah!
Es sprach der Kommandeur des Regiments:
„Ich bring' zu dem schönsten Tag im Beng
Die Gefreitenliste. Alles ist da.“
Der Erbprinz von Mecklenburg sprach stolz: Ah! Ah!
Er, doch nicht! Ist jetzt auf halber Höhe
Der jüngste Gefreite der deutschen Armee!“
So schloß der Reiner Kramm stehend, und da
Wie Mecklenburgs Postung habet, und da

Deutscher Reichstag.

172. Sitzung, Donnerstag, den 11. Mai, Mittags 12 Uhr.

Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt beim Abschnitt Kassenorgane (§§ 339 bis 361).

Die Beratung über den ersten Teil (Zusammensetzung bei Orts- und Landkrankenassen (§§ 339 bis 350) wird verbunden. Nach den endgültigen Beschlüssen der Kommission werden die Geschäfte der Kasse vom Vorstand und Ausschuss besorgt. Die Ausschussmitglieder dürfen nicht zugleich Vorstandsmitglieder sein. Zum Vorsitzenden ist gewählt, wer die Mehrheit der Stimmen der Vorstandsmitglieder sowie der Arbeitgeber als auch der Versicherten erhält. Kommt nach zwei Wahlen diese vorgeschriebene Mehrheit nicht zustande, so bestellt der Vorstand des Versicherungsamtes einen Vertreter, der bis zu einer gültigen Wahl Rechte und Pflichten des Vorsitzenden auf Kosten der Kasse ausübt. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig. Gegen den Widerspruch der Mehrheit der Arbeitnehmer darf kein Arbeitgeber, gegen Widerspruch der Mehrheit der Arbeitgeber kein Arbeitnehmer bestellt werden. Bei der Landkrankenasse wird der Vorstand von der Vertretung des Gemeindeverbandes zu $\frac{1}{2}$ aus der der Arbeitgeber, zu $\frac{1}{2}$ aus der der Arbeitnehmer gewählt. Auch Vorsitzender und Stellvertreter werden bei der Landkrankenasse von dem Gemeindeverband gewählt. Dagegen werden der oder die Stellvertreter des Vorsitzenden der Ortskrankenasse von den Vorstandsmitgliedern in ungetrennter Wahlhandlung gewählt. Das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber ist nach der Zahl ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigten zu bemessen. Durch Satzung kann jedoch nur mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes Abstufungen und Höchstzahl vorgeschrieben werden. Die Wahlen der Vertreter zur Ortskrankenasse können durch Vorschrift der Satzung nach Parteien oder Berufsgruppen vorgenommen werden. Vorstand und Ausschuss der Ortskrankenasse haben je zu einem Drittel aus Arbeitgebern und zu zwei Dritteln aus Versicherten zu bestehen. Die Wahlen zur Landkrankenasse können auf Anordnung der Landesregierung in Bezirken, die keine Gutsbezirke enthalten statt der Vertretung des Gemeindeverbandes den Vertretungen der einzelnen Gemeinden übertragen werden. Durch Landesgesetz kann der Wahlmodus der Ortskrankenassen für die Landkrankenassen eingeführt werden.

Hierzu beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) Streichung der Bestimmung, daß bei den Vorsitzendenwahlen die Mehrheit in beiden Gruppen (Arbeitgeber und Versicherte) nötig sein sollen, sowie eventuell, daß die Entscheidung des vom Versicherungsamt bestellten Vertreters nach den Sätzen der Kasse zu erfolgen hat, ferner Streichung des Wahlrechts der Gemeindeverbandsvertretung zur Landkrankenasse und der Abstufung des Wahlrechts der Arbeitgeber.

Die Fraktion (Dr. Ullrich und Genossen) beantragen ebenfalls Streichung der doppelten Majorität und der Sonderbestimmungen für die Landkrankenassen.

Mehrere Anträge der Polen (Brandys und Genossen) werden als inhaltlich mit den vorstehenden Anträgen.

Abg. Graf Westarp (konf.):

Die Sozialdemokraten haben uns Trappisten genannt. Trappisten pflegen sich zu begrüßen mit den Worten: memento mori. (Gedenket des Endes!) (Große Heiterkeit.) Die politische Ausnutzung der Krankenassen durch die Sozialdemokratie ist ein Mißbrauch, dem wir entgegenzutreten müssen. (Zustimmung rechts.) Ich fühle mich nicht verpflichtet, Beweise im einzelnen vorzubringen (Wahl bei den Soz.), sondern berufe mich auf den allgemeinen Eindruck in der Öffentlichkeit (Lachen b. d. Soz.) und ziehe auch getrost das Buch des Dr. Müller zur Illustration heran. Nach den Verträgen zwischen dem Zentralverband der sozialdemokratischen Krankenassen und dem Verband der Bureauangestellten können Kassenbeamte nicht entlassen werden bei Hochverrat und Landesverrat, bei Majestätsbeleidigung jeder Art, bei verbrecherischer Beeinflussung der Wahlfreiheit, bei Widerstand gegen die Staatsgewalt und Aufruhr, bei Gotteslästerung, bei Störung des Gottesdienstes. (Hört, hört! rechts.) Unfähige Beamte werden angestellt, nur, weil sie sich um die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organisation Verdienste erworben haben. (Sehr richtig! rechts.) Nur um die Machtstellung der Sozialdemokratie in den Kassen zu befestigen, hat man den Bureauangestellten die Stellung auf Lebenszeit gesichert. In zynischer und frivoler Weise hat die Sozialdemokratie dem Anstand und der Moral ins Gesicht geschlagen. (Sturm. Zwischenrufe bei den Soz. Abg. Ledebour: Sie belien ja, wie ein Polizeihund!)

Präsident Graf Schwerin ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung.

Abg. Mehger (Soz.): Rufen Sie doch den strengen Junker zur Ordnung.

Präsident Graf Schwerin ruft den Abg. Mehger zur Ordnung.

Abg. Graf Westarp (fortfahrend): Wir wollen festhalten an dem Grundsatz der Reinlichkeit und Sauberkeit des öffentlichen Lebens. (Stürmische Heiterkeit bei den Soz. Zurufe: Dammerslein. Abg. Scheidemann ruft: Säubern Sie doch die Berliner Polizeien!) Wir halten fest an dem Grundsatz, daß öffentliche Ämter nur von unbestraften und unbescholtenen Personen besetzt werden sollen. Die Sozialdemokratie aber schlägt dem Grundsatz ins Gesicht, daß öffentlich rechtlich erhobene Geldmittel nur zu dem vorgeschriebenen Zwecke verwendet werden dürfen. (Zurufe bei den Soz.: Kaligelder! Abg. Büchner ruft: Das ist eine Gemeinheit!)

Präsident Graf Schwerin ruft den Abg. Büchner zur Ordnung.

Abg. Graf Westarp (fortfahrend): Wir werden für die Kommissionsbeschlüsse stimmen, obwohl sie vielleicht nicht ausreichen. Wir würden es gern sehen, wenn den Militärauwärtern gewisse Rechte eingeräumt würden. Wir müssen Garantien gegen den Mißbrauch der Stellung der Kassenbeamten zu politischen und religiösen Zwecken haben. Auch ihr außerordentliches Verhalten muß in Uebereinstimmung stehen mit den Interessen ihres Amtes. Die Kassenbeamten müssen sich gewerkschaftlich oder politisch betätigen, aber nicht in einer Weise, die Ansehenslose verleiht. Verächtlich ist festzustellen, daß ein Kassenbeamter in den Tod getrieben worden ist, weil er nicht Sozialdemokrat war. (Hört, hört! rechts.) Wir verlangen von den Behörden, daß sie solchen Mißständen entgegenzutreten, damit die Kasse nicht mehr Stätten sozialdemokratischer Parteiorganisation, sondern Stätten der Fürsorge für Kranke sind. (Lebhaftes Bravo! rechts. Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Eichhorn (Sozialdemokrat):

Graf Westarp sprach von Reinlichkeit. Das nimmt sich sehr schön aus im Munde des Vertreters einer Partei des Brotwuchers und der Kalischmiedler, einer Partei, die die 12.000 Mark-Wärfare billiger und das ein Sammelstein angehört. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und derselbe Mann, der von Reinlichkeit spricht, bringt hier nur

Allgemeine Verbündigungen

vor und lehnt es ab, die Verbündigungen zu beweisen. (Hört, hört! bei den Soz.) Was den Trappistengruß betrifft, i-

brauchen ihn die Trappisten untereinander. Wenn Graf Westarp seinen Parteigenossen zuruft: Gedenket des Endes! so haben wir dagegen nichts entgegenzusetzen. (Sehr gut! bei den Soz.) Es handelt sich hier um nichts geringeres, als um eine völlige Entrechtung der Arbeiter, ein verschleiertes Ausnahmegesetz. (Sehr wahr! bei den Soz.) Erst ist es so geworden, was die Arbeiter und in erster Linie die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in jeder, treuer, fleißiger Organisationsarbeit geleistet haben. Was die Ortskrankenassen heute sind, das verdanken sie den Arbeitern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wären die Mißstände vorhanden, von denen Graf Westarp sprach, wo sind denn die Ausschüsse geblieben, die Landräte, die ihre Nase sonst in jeden Duaner stecken? (Sehr gut! b. d. Soz.) Graf Westarp bezeichnet die Krankenassen als einen Pfeiler der sozialdemokratischen Macht. Ein großer Irrtum! Die Organisation der Krankenassen kommt für die Sozialdemokratie gar nicht in Betracht, aber es ist den Blockparteiern einschließlich der Nationalliberalen ein Dorn im Auge, wenn

Sozialdemokraten positive Arbeit leisten.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Phrase von der rein negativen Sozialdemokratie ist ja eine beliebte Agitationswaffe, die Fürst Willow besonders gern schwang. Wenn aber einstmals spätere Geschichtsschreiber die Geschichte der parlamentarischen Kämpfe um die Reichsversicherungsordnung studieren werden, dann werden sie zu der Ueberzeugung kommen, daß die positive Leistungsfähigkeit nicht auf jener Seite, sondern bei der Sozialdemokratie liegt.

Es ist ein löbliches Versehen, daß die Sozialdemokratie die Krankenassen zu Grund richtet. In zahlreichen Fällen hat erst eine sozialdemokratische Verwaltung den verfahrenen Karren wieder aus dem Dreck herausgehoben. Aber gerade die positive Arbeit hat den Born der Reaktion erregt, die sich nicht daran gewöhnen kann, die Sozialdemokratie als gleichberechtigt anzuerkennen. Und so kam man denn nach fast zwanzigjährigem Wirken der organisierten Arbeiter in den Krankenassen mit der Behauptung heraus, daß Mängel in der inneren Verwaltung der Kassen vorhanden sein sollen. Im Jahre 1900 erging jenes

Geheimzirkular des preussischen Ministers des Innern,

in welchem die Regierungspräsidenten aufgefordert wurden, Material über angebliche Mißbräuche in den Krankenassen zu sammeln. Aber bevor das Zirkular erging, war man schon mit dem Plan fertig, die Selbstverwaltung der Krankenassen zu vernichten. Regierungsrat Hoffmann hatte schon das Projekt in der Tasche, die Ortskrankenassen an die Gemeinden anzugliedern. Dieser Vorstoß blieb zunächst ohne Erfolg. Aber nach der

Ausschiffung Posadowskys

nahm Herr v. Posadowsky in seiner gottgewollten Abhängigkeit von Großindustriellen und Junkern den Plan wieder auf. Über die von Hoffmann einberufene Konferenz vom Oktober 1908 hatte nicht den gewünschten Erfolg. Selbst die Begründung der jetzigen Vorlage muß zugestehen, daß eine Anzahl Arbeiter über das Vorhandensein parteipolitischer Mißbräuche in der Verwaltung der Krankenassen nachdrücklich in Uebredung stellen.

(Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Den Grafen Westarp lehrt das freilich nicht. Er beruft sich auf den

Lügenpeter Dr. Müller.

der die dreiste Behauptung aufstellte, die Arbeitgeber in jener Konferenz seien dreimal von der Sozialdemokratie durchgesiebt worden. In Wirklichkeit hatten die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß auf die Auswahl der Arbeiter in jener Konferenz. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Konnerzienrat Mendt, ganz gewiß kein Freund der Sozialdemokratie, hat erklärt, daß die Klagen über die Krankenassen durchweg von unzufriedenen Kassenärzten und von unzufriedenen Kassenbeamten herühren. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Werkmeisterverband, der doch auch wahrhaftig nicht im Verdacht steht, hat eben noch sich ausdrücklich für alle die Forderungen ausgesprochen, die wir an die Reichsversicherungsordnung stellen, namentlich auch für die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Krankenassen im vollen Umfange. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Begründung der Vorlage beruht sich in Ermangelung positiven Materials, auf die Wahrnehmung „unbefangener“ Verwaltungsbehörden. Verwaltungsbehörden und unbefangene. Wie die Unbefangenen der Verwaltungsbehörden aussieht, haben wir ja eben erst am Grafen Westarp gesehen. (Lebh. Sehr gut! bei den Soz.) Man beschuldigt Beamte, Vorstände und Ausschüsse der Kassen der schlimmsten Korruption und man bringt kein Material vor, man deutet es nur an. Da wird behauptet, die Kassenverwaltung richte ihre Spitze gegen die Arbeitgeber. Wir meinen, die Kasse hat ihre Spitze gegen niemand zu richten, aber die Fälle sind nicht selten, wo die Kassen im Lohnkampf für die Unternehmer mißbraucht werden, so die

Knappschäftsassen und Jungerassen.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Als Mißbrauch sehen es Regierung und Mehrheitsparteien an, wenn sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeiter ihre Vertrauensmänner in die Kassen senden, die sie zu befehlen haben. Also, ein Mißbrauch ist es, wenn die Arbeiter von ihrem Wahlrecht den Gebrauch machen, den sie für den besten halten. Aber die Regierung geht noch weiter, sie verlangt Kartellen gegen die Möglichkeit von Mißbräuchen. (Hört, hört! und Heiterkeit b. d. Soz.) Nach diesem Grundsatze kann man alle Junker einsperren, um Kartellen gegen die sehr deutlich vorhandene Möglichkeit zu schaffen, daß sie ihre Macht zu Ungunsten des Volkes mißbrauchen. (Sehr gut! b. d. Soz.) In ihrer Verlegenheit um Material hat sich die Regierung an ihre

Hilfsstruppe, den berückichtigten Reichsverband,

gewandt, und der hat in einem 447 Seiten starken Buch allerhand Unrat über 180 Krankenassen ausgeschüttet. Und das Buch bezeichnet Graf Westarp als verdienstvoll, wenn er auch so vorichtig ist, zu erklären, daß er nicht jedes Wort unterschreibt. Gewiß, es sind einzelne Ungehörigkeiten vorgekommen. Wo kommen die nicht her? Etwas nicht in der preussischen Landwirtschaft? Und haben wir nicht im Grafen Westarp ein lebendiges Beispiel der Verquickung von Amts- und politischem Einfluß vor uns. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Konservativen gegen die Politik in den Krankenassen weitem, so ist das ein Stück

erster politischer Heuschnee

(Lebh. Just. b. d. Soz.) Nach jahrelangen heißen Bemühen der gesamten Reaktion ist nichts weiter herausgekommen, als die paar winzigen Fälle im Müllerbuch. Wollten wir Sozialdemokraten in ähnlicher Weise vorgehen, so könnten wir über hunderttausend Müllerbücher

ausfüllen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Dr. Müller hat seine Entdeckungen erst gemacht, als ihn die Münchener Ortskrankenasse die lebenslängliche Anstellung und die Machtbefugnis, die er forderte, verweigerte. Die dreiste Falschmünzerei, die freilich Graf Westarp als bare Münze nennt, im Müllerbuche nennt der Verfasser dann kritisch gestrichelt. Material. Falls sich das Schweregebot des Trappistenklubs nicht auch auf die Regierung erstreckt, möchte ich die Regierung fragen, ob sie ihr Material dem Müller ausgeliefert hat. (Zuruf b. d. Soz.: Müller wird bald in der Regierung sitzen. Heiterkeit.) Das ist ja leicht möglich.

Nach zahlreiche Arbeitgebervertreter sprechen sich entrüstet über das Müllerbuch aus. Einige Klagen haben auch Klagen erhoben, anderen ist der Müller nicht wichtig genug. Graf Westarp hat sich hier die unerhörte Behauptung geleistet, die angegriffenen Verträge seien nur abgeschlossen worden, um unfähige Sozialdemokraten in den Krankenassen unterzubringen. Wenn die Konservativen über Letzterwirtschaft jammern, so suchen sie andere unter dem Busch, unter dem sie selbst sitzen. In Ihren Kreisen ist es wertvoller als alle Fähigkeiten,

als Donner vorurteile mit einem Hohenzollern gekossen zu haben.

(Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Daß Sozialdemokraten durch die Kassen in gute Brotstellung gebracht worden seien, ist eine schamlose Lüge. Es handelt sich um Gehälter von 1200 bis 1800 Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Es wird behauptet, die Unternehmer würden in den Kassen majorisiert. Aber in 99 von 100 Fällen besteht als Resultat des praktischen Zusammenarbeitens

volle Einmütigkeit in den Kassenvorständen.

Durchweg sind alle Klagen über Vergewaltigung der Arbeitgeber in den Krankenassen widerlegt worden durch Zeugnisse von Arbeitgebern selbst oder von Behörden. In Chemnitz waren es gemeine Expreser, die angebliches Material gegen den Vorstand der Krankenasse zu einer Broschüre lieferten. (Hört, hört! bei den Soz.) Die angeblichen sozialdemokratischen Machenschaften bei den Kündigungsbestimmungen in den Anstellungsverträgen entsprechen genau den Anweisungen der preussischen Handelsminister. (Hört, hört! bei den Soz.) Die unerhörte Behauptung, man habe mit diesen Verträgen ein Meer von Verbrechern vor Entlassung schütten wollen, blieb nur allein dem Grafen Westarp vorbehalten, der sich für objektiv genug hält, als Verwaltungsrichter Recht zu sprechen. Um hinter solchen Verträgen solche Absichten zu wittern, muß man die perverse Moral der preussischen Junker besitzen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Graf Westarp sprach von 750 Verträgen. Das sind nicht Kassenverträge, sondern Einzelverträge. (Hört, hört! bei den Soz.) So bricht ein Pfeiler des Lügengebäudes nach dem anderen zusammen.

Ich will auf das Vorbringen weiterer Materials verzichten. Ich bin ja hier nicht Verkündiger der Krankenassen, sondern Ankläger gegen die Verleumdungen, die gegen die Kassen geschleudert sind. Ich habe freilich nicht die Hoffnung, daß die Verleumdungen nun aufgehört werden, die politische Gehässigkeit gegen meine Partei ist viel zu viel Lebenselement für Sie. Man will verleumdern, man will entreechten und da muß man Scheingründe aufhören.

Der Block der Rechtsdräuber

wird seine Politik fortsetzen, auch wenn die Widersinnigkeit seiner Angriffe noch so klar erwiesen wird. Wenn Sie klug sein wollen, nehmen Sie unsere Urträge an, wenn Sie es nicht tun, wird auch diese Saat bereinst zu Ihrem Verderben ausgehen. (Lebh. anhaltender Beifall bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Schulz: Sie haben vorher von der pervertierten Moral der preussischen Junker gesprochen. Ich nehme an, daß Sie damit nicht den Grafen Westarp gemeint haben. (Abg. Eichhorn: doch.) Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Zurufe bei den Soz.: Aber Graf Westarp durfte unsere Partei beschimpfen.)

Staatssekretär Dr. Deibitz:

Die Regierungsvorschläge sind schon als Entschädigung der Arbeiter kritisiert worden. Durch Vorbringung von Einzel-fällen ist die Frage des Mißbrauchs der Kassen nicht zu lösen. Die Vorschläge der Regierung sind auf der Entwicklung der Krankenassen aufgebaut, die zur Zentralisation gebräut hat und zwar mit Recht, denn größere Kassen sind leistungsfähiger. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber die zusammengefaßten Kassen bilden eine Macht, die mißbraucht werden kann. Selbstverwaltung ist die Behauptung öffentlich rechtlicher Korporationen, ihre Angelegenheiten durch selbstgewählte Organe unter möglichstem Ausschließen überflüssiger Eingriffe der Staatsgewalt zu regeln, aber eine Selbstverwaltung ohne Eingriffe des Staates ist undenkbar. (Sehr richtig! rechts.) In den großen Krankenassen ist eine Beamtenbesetzung entstanden, die nach der ganzen Art ihrer Tätigkeit prädestiniert ist, Träger aller möglichen politischen Bewegungen zu werden, die mit ihren eigentlichen Aufgaben nichts zu tun haben. Wir müssen die Garantie haben, für die unparteiliche Tätigkeit der aus öffentlichen Mitteln bezahlten Leute. (Zustimmung rechts.) Wenn die Behörde gegen gewisse Anstellungsverträge nicht früher eingeschritten ist, so deshalb, weil sie keine Kenntnis davon hatte und weil nach dem geltenden Recht ihre Einschreibungsbeugnis sehr beschränkt ist. (Widerpruch bei den Soz.) Wir müssen Einrichtungen gegen den Mißbrauch der Kassen schaffen. Einzelfälle solcher Mißbräuche haben Sie ja selbst gegeben müssen. (Zuruf bei den Soz.: Die kommen auch bei den Behörden vor.) Geviß, aber da kann disziplinarisch eingeschritten werden, der Beamte kann entlassen werden und diese Möglichkeit muß auch bei den Kassen geschaffen werden.

Es sind

eine ganze Reihe von Beschwerden

an uns gelangt. (Zuruf bei den Soz.: Wo denn!) Nun, wo viel Rauch ist, ist auch viel Feuer und wir tun nur unsere Pflicht, wenn wir Vorkehrungen treffen, daß das Feuer nicht den politischen Umfang annimmt. Von einer Beschränkung der politischen Rechte der Arbeiter ist gar keine Rede und ebensowenig von einer Beschränkung der Selbstverwaltung. Wir haben den Einfluß der Arbeitgeber verhärtet und erst, wenn die Arbeitgeber sich mit den Arbeitern nicht einigen, greift die Behörde ein. So ist es auch bei den städtischen Verwaltungen, und dort kommt ein Eingreifen der Staatsgewalt fast nie vor, weil die Parteien sich eben einigen. In derselben Richtung bewegen sich auch die von der Kommission geschaffenen Kartellen. In Bezug auf die Leistungen der Kassen bleibt alles beim alten, da die Kommission die Halbierung der Beiträge durch das Verhältnis 1:2 erlöst hat. Hierüber habe ich eine endgültige Entscheidung der verbündeten Regierungen noch nicht herbeigeführt, doch kann man an dieser Frage ein Gesetz nicht scheitern lassen, das so große Vorteile bringt. (Bravo! rechts.)

Abg. Manz (Sp.):

Wir legen den größten Wert auf die Bestimmungen über die Dienstordnung. Aber Ausnahmefälle bestimmen und gegen unangenehme Arbeiter nehmen wir ab. Durch das abgeänderte Verhältnis der Zustimmung will man eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen, aber die Bestimmungen sind vielmehr geeignet, Störungen und Schwierigkeiten fortzusetzen in der Verwaltung der Kassen herbeiführen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Seheinerat Sadger

bestreitet, daß der Erlaß einer Dienstordnung ausreichen würde alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Herr Manz überschätzt die heutigen Befugnisse der Aufsichtsbehörde. Wie waren vielmehr gar nicht in der Lage, einschreiten, weil sie von den Anstellungsverträgen keine Kenntnis erhielten. Der Grundsatz, daß Sozialdemokraten bei der Anstellung von Kassenbeamten zu den vorzuziehen seien, wird von sozialdemokratischen Kassenvorständen nicht nur in der Theorie vertreten, sondern auch in der Praxis geübt. Redner führt Einzelfälle an, bleibt aber im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich.

Hg. Becker-Weinberg (Hr.): In der Kommission haben die freimüthigen Vertreter durchweg für die Mehrheitsentscheidung in Sachen der Krankenkassen gestimmt. (Hört, hört! h. d. Mehrheit.) Ueber die Leistungen müssen bei den Angriffen auf die Krankenkassen vorgekommen sein. Gegen den Regierungsvorschlag der Halbierung der Beiträge wandten sich namentlich die kleinen und mittleren Arbeitgeber und mindestens 99 Prozent der Arbeiter. Deshalb wandten auch wir uns dagegen und es gelang uns, die Halbierung zu Fall zu bringen. Damit bleibt den Arbeitern der ausschlaggebende Einfluß, den Sozialdemokraten scheint aber das Recht, einen beliebigen Sozialdemokraten in der Kassenerwaltung unterzubringen, wichtiger, als das Recht der Arbeiter, das Maß der Leistungen zu bestimmen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Die christlich-nationale Arbeiterschaft stimmt dem Grundgedanken der Neuordnung durchaus zu, wenn sie sich auch nicht für alle Einzelheiten begeistert. Ich habe schon immer darauf hingewiesen, daß Mißbräuche in den Verwaltungen Kassen bestehen, wenn es auch nicht möglich ist, einen mathematisch genauen Nachweis zu führen. Wir wollen durchaus nicht die Sozialdemokraten aus den Kassenerstellungen mit sozialdemokratischen Leitern ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten bezeugt werden. Nichtsozialdemokratisch organisierte Arbeiter werden nicht einmal als Krankenkassenkontrollanten angestellt.

Christliche Arbeiter werden auch im Erkrankungsfall durch schrittweise Kontrolle geschützt und für geringfügige Ueberschreitungen mit mäßiger hoher Geldstrafe belegt. Man hat uns als Verräter an der Arbeiter Sache hingestellt, von denen kein Hund ein Stück Brot mehr nimmt. Man hat behauptet, die christlichen Arbeiter würden uns wegen unserer Haltung in dieser Frage in Scharen verlassen. Aber seit unserer Abstimmung in der Kommission haben die christlichen Gewerkschaften um 20.000 Mitglieder zugenommen. Für uns ist die Freiheit, für uns ist das Recht. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.
Schluß 7 Uhr.

Das preussische Abgeordnetenhaus

solte Donnerstag eine enorme Tagesordnung erledigen, die sich aus Anträgen und Petitionen zusammensetzte. Zunächst hörte man, daß im Herbst ein Gesetz zur Regelung der Dienstreise und über die Beschaffenheit des Postens vorgelegt werden sollen. Dann ersuchte man, auch hier nach längerer Debatte, die Regierung, doch dafür zu sorgen, daß die Diaristkommission, die die Landräte, ihren Dienstaufwand nicht aus eigenen Mitteln bestreiten müssen. Eine lange Debatte gab es hierauf über die Frage, ob die Vorschriften über die Reisekosten der Beamten nur durch königliche Verordnung oder auch, wie geschehen ist, durch Verordnung des Staatsministeriums abgeändert werden dürfen. Entgegen den Ausführungen der Regierung beschloß das Haus, daß solche Abänderungen nur durch königliche Verordnung (die ja schließlich auch nichts anderes ist, als ein Beschluß des Staatsministeriums) geschehen dürfen.

Herr v. Zedlig, der sich in und außer dem Hause als dessen Oberpräsident gibt, entwickelte dann das Arbeitsprogramm. Genosse Hoffmann protestierte kurz und scharf dagegen, daß man das Programm festsetze, ohne die kleinen Gruppen des Hauses, die in Wahrheit die Volksmehrheit darstellen, mit ins Vertrauen zu ziehen. Bei der Seidnabhandlung habe man sozial Zeit gehabt und jetzt soll alles durchgepeitscht werden. Wenn man nicht fertig werde, so möge die Regierung eben nächste Mal den Landtag rechtzeitig einberufen.

Am Freitag beginnt die auf 3 Tage berechnete Verhandlung der 3. Weidnerbandsgelehe.

13. Generalversammlung der Maler Deutschlands.

München, den 9. Mai.
2. Verhandlungstag.

Zu Beginn der Debatte über den Vorstandsbericht gab der Vertreter der Hamburger Parteilandsorganisation, Genosse Stubbe, dem Bild der Verhandlungen zwischen der Sonder-Deputation und dem Vorstand des alten Verbandes. Die Parteilandsorganisation, sagte Stubbe, billigt keineswegs das Vorgehen der oppositionellen Mitglieder, sie hätte schon erklären, daß sie dieses Vorgehen auf das entschiedenste verurteilt. Nachdem aber die Austritte vollzogen und die neue Organisation gegründet war, hätten sie es als Pflicht erachtet, dem alten Verband zu helfen. In diesen Verhandlungen, den Verhandlungen der Sonder-Deputation, wird unter anderem verlangt: Die angehenden Ortsdeputierten müssen sich alle zwei Jahre zur Wahl stellen. Auf der Generalversammlung sollen nur die gewählten Delegierten Stimmrecht und die Vertreter des Verbandes nur beratende Stimme haben. Das Verbandsorgan hat keine persönliche Komplexion aufzugeben. Von der Redaktion abgelehnte Artikel usw. sind bis zur nächsten Generalversammlung auf Beschluß einer Mitgliederversammlung des Orts, an dem der Einsender der Organisation angeschlossen, anzunehmen. Auf der nächsten Generalversammlung ist eine Kommission einzusetzen, die über die Forderungen zu entscheiden hat.

Diesen Forderungen, sagte Stubbe, kann man ruhig zustimmen. (Sehr richtig! bei einem Teil der Generalversammlung.) Die Forderungen sind ja auch in anderen Gewerkschaften durchgeführt. Gewiß sollte die Generalversammlung das Verhalten der Hamburger beurteilen und den bringenden Antrag aussprechen, daß sich derartige Parteimitglieder nicht wiederholen. Stimmen Sie aber im Interesse der notwendigen Einigkeit den Forderungen zu, auf daß nicht eine Zwietracht geist wird. (Teilweise Zustimmung.)

In der weiteren Debatte zum Vorstandsbericht, die sehr ausgedehnt ist, haben fast alle Redner nur auf die Hamburger Angelegenheit ein. Fast alle Redner beurteilen ihr Verhalten sehr scharf und wollen den Verhandlungen keineswegs zustimmen. Zunächst verurteilt der Vorsitzende der Hamburger Ortsorganisation, Lehn-Hamburg, das Verhalten der Hamburger zu verurteilen und zu erklären. Die Hamburger seien durch den Reichsanwalt verurteilt worden. Jeder die große Erregung und die Zerschmetterung. Man sagt, wir hätten durch unsere Verhandlung ein Verbrechen an der Organisation begangen. (Stärkliche Zustimmung.) Sehr richtig! Nein, wir wollten den unwürdigen Einfluß der Parteimitglieder zu beseitigen haben, und die Einrichtungen des Verbandes demokratisieren. Die Parteimitglieder aber die Demokratie. (Gelächter.) In Hamburg herrscht Anarchismus, die wollen wir brechen. Wir werden jederzeit die Rechte der Mitglieder gegen den ungesetzlichen Einfluß der Parteimitglieder. Wenn werden wir auch künftig weiteren Kampf machen. — Holl-Wechsungen vertritt die Ansicht, daß der Vorstand durch seine Zustimmung der Forderungen der Hamburger gegen das Statut verstoßen hat. Er hätte nicht das Recht gehabt, beratende Abänderungen einzuführen. Die Hamburger hätten einen Disziplinardisziplin begangen, der nicht genug verurteilt werden konnte. — Die Verhandlungen sind für uns annehmbar. (Sehr richtig!) — Kiff-Hahn meint, der Vorstand ist nicht so ganz unwürdig in der Hamburger Sache. Wenn Tarifpolitik sei die Ursache. Wir haben ja auch noch andere Aufgaben nicht zu übersehen. Wenn irgendwas nicht diese Tarifpolitik ist, die die Zimmerer? Diese sei auch für die Arbeiter angebracht. Wir hätten die Hamburger sehr zu Recht und Recht verurteilt. Stimmen Sie den Verhandlungen zu. — Dittmann-Wechsungen: Wenn die Hamburger in dieser Angelegenheit die Partei des Für und Wider des Tarifpolitiken beizugehen hätten, dann würden sie sich viele Freunde für die Arbeit gewonnen haben. — Dittmann-Wechsungen: Die ein-

geschlagene Tarif in der Tariffrage haben wir in Dresden angehehen; wir haben darum gar keine Ursache, uns mit der Tarifpolitik lange zu beschäftigen. Das Verhalten des Vorstandes in der Hamburger Angelegenheit kann man nicht aufheben. Dieses wird ja geradezu anmerkend für Sonderbestrebungen. — Gausleiter Zimmermann-Frankfurt a. M.: Die Mitglieder der Hamburger für ihr Verhalten war gar nicht die Tarifpolitik. Ueber diese haben wir uns in Dresden auseinandergesetzt. Das Vorgehen der Hamburger muß ganz entschieden verurteilt werden. Es kann nicht geben, daß eine kleine Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwingt. Die Konzeptionen, die der Vorstand gemacht, bedeuten einen weiteren Eingriff in die Verfassung unserer Organisation. (Sehr richtig!) — Ausschuß-Vorsitzender Leinerl-Hannover erklärt, daß der Ausschuß vor dem Abschluß des Abkommens nichts davon gewußt hat. Wir haben den Vorstand nicht im Zweifel gelassen, daß diese Bedingungen unsere Zustimmung nicht finden. Es ist gar nicht richtig, daß, wie behauptet wird, alle Kollegen in Hamburg diesen Bestimmungen zustimmen. Wir müssen sie der Statutenberatungskommission überweisen.

In der weiteren Debatte werden neue Momente zu dieser Frage nicht mehr vorgetragen. Fast alle Redner beurteilen das Verhalten der Hamburger. Mit dem Vorstandsbericht im allgemeinen sind die Delegierten einverstanden. Gewünscht wird, daß die Redner eine Vertretung im Verbandsrat erhalten, und für diese mehr getan wird. — Schubert-Hannover betont, daß für die Redner nur der Landesverband und nicht auch der Reichsarbeiterverband zuständig ist. Die Stellung des Vorstandes in dieser Frage — der hier nicht so scharf sehen will — kann er nicht aufheben. — Verbandsvorsitzender Tobler-Hamburg erwiderte noch auf die in der Debatte erhobenen Vorwürfe gegen den Vorstand: Der Vorstand sei die Vereinbarungen eingegangen, um Frieden und Einigkeit zu schaffen. Sie hätten beim Abschluß der Verhandlungen wohl erklärt, für diese hier einzutreten. Nachdem aber die Opponenten durch ihr Verhalten nach dem Abschluß der Vereinbarungen durchbrechen und damit gezeigt hätten, daß sie es nicht eifrig meinen, könnte der Vorstand nicht mehr für die Vereinbarungen voll eintreten. Er tritt aber, im Interesse der Einmütigkeit des Verbandes einige Punkte der Bestimmungen zu abändern.

Durch Schlußantrag wird die Diskussion geschlossen. Sämtliche zu den Geschäftsberichten vorliegenden Anträge und die Vereinbarungen werden der Statutenberatungskommission überwiefen. Dem gesamten Vorstands wird gegen eine Stimme Entlassung erteilt.

Ueber den Punkt Einführung der Erwerbslosenunterstützung referierte nun Kassierer Wenker-Hamburg, der die Vorlage des Vorstandes begründete. Durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung würde die Kampfsfähigkeit der Organisation erheblich gehiebt. Die Kollegen erheben, wenn sie arbeitslos werden, einen guten Ruf, und sie würden durch diese Unterstützung mehr an die Organisation gefesselt; die Fluktuation wird geringer werden. Von Jahr zu Jahr hätten sich die Anträge auf Einführung dieses Unterstützungsgegenstandes wiederholt; man werde auch nicht zur Ruhe kommen, bis er durchgeführt ist. Bei der faktualen Arbeitslosenunterstützung hätten 75 Prozent der Beteiligten ihre Unterstützung bezogen. Bei diesem Prozentsatz an Kranken und Arbeitslosen mühte gerechnet werden. Nach dem vorgeschlagenen Satze — bei zweijähriger Karenzzeit 1,50 Mark pro Tag bis zur Höhe von 27 Mark — würde bei der Einführung eine Ausgabe von 501.779 Mark entstehen. Dazu kommen noch Summen für die Erweiterung der Krankenunterstützung und Beitragsbefreiung für Arbeitslose und Kranke. So daß insgesamt die Mehrausgaben 608.559 Mark betragen würden. Zur Deckung dieser Ausgabe wird eine Beitragserhöhung von 25 Pfennig pro Woche vorgeschlagen; 5 Pfennig davon sind für die Beitragsbefreiung vorgesehen. Eine weitere Steigerung der Unterstützungsätze soll später festgelegt werden, weil die nötigen Unterlagen heute fehlen. Redner bittet zum Schluß, eine klare Entscheidung zu treffen und keine Verhandlung mehr vorzunehmen. Man könne nicht fortwährend in der Organisation über diese Frage diskutieren, die Situation leide darunter. Schließlich sei die Arbeitslosenunterstützung, sie wird zum Vorteil des Verbandes sein. (Sehr!) Die Sitzung wird verlegt.

12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer.

1. Berlin, 9. Mai 1911.
Zweiter Verhandlungstag.

Zur Versammlungsfrage hat Riehl, Mitglied des Zentralverbandes, das Wort ergriffen, er führt aus, daß die Kollegen der Schiffszimmerer sich gleich nach der Alier Generalversammlung für die Versammlung ausgesprochen, dagegen erklärten die Kollegen auf den Schiffszimmerer sich gegen den Anschluß. Die Versammlung habe ebendies viel Schwere als Lichtseiten. Der allem würde die Selbständigkeit in die Brüche gehen. Redner erwidert als Beispiel die Verhandlungen der Schmiede mit dem Metallarbeiter-Verband. Besondere Schritten werden vom Metallarbeiter-Verband nicht geteilt. Ein Solch Selbständigkeit sei aber notwendig, namentlich, als Kollegen aus den anderen Jährigen der Metallindustrie nicht darüber entscheiden können, wenn eine gewisse Zeit zur Verbesserung der Schiffszimmerer ist. Redner erwidert, die Sache wohl zu überlegen und zu bedenken, daß bisher die Berufsorganisation die beste Vertretung der Schiffszimmerer war.

In der nun einsetzenden Debatte teilen sich die Meinungen über den Anschluß: für einen Teil der Delegierten konnten weder dem Metallarbeiterverband noch der Holzarbeiter-Verband in Frage. Von anderer Seite wird betont, daß die Versammlungsfrage eng mit der Revisionfrage im Zusammenhang liege. — Es wird weiter der Resolution Ausdruck gegeben, daß bei Ablehnung der Uebertragsklärung sehr viel Kollegen aus dem Verband der Schiffszimmerer den Rücken kehren werden und verzögert sich in anderen Verbänden zu organisieren. Besonders lebhaft treten Glich-Breslau und Eilmann-Hamburg für die Versammlung mit dem Metallarbeiter-Verband ein. Sie erklären, wie durch die Entwidlung der Schiffszimmerer immer mehr den Charakter des selbständigen Berufs verliert und ungelernete Arbeitskräfte heute die meisten Arbeiten verrichten wie die Schiffszimmerer. Dies sei nicht nur auf den Schiffszimmerer, sondern auch auf den Bootbauwerkstätten; es arbeiten dort Tischler und Stellmacher in der Feinschmiederei.

Der Kassierer Müller führte aus, daß die Kollegen mehr wie bisher in der Agitation und Vorbereitung ihre Pflicht tun müssen, dann brauche man nicht zu befürchten, daß der Verband den Vorteile entgegengehen würde. — Nachdem Genosse Gliche, Vertreter der Generalversammlung, zu dieser Frage gesprochen hat, wird eine Kommission gewählt, die versuchen soll, welche Möglichkeiten für die Versammlung anzustellen, wodurch auch den Mitgliedern auf den Zusammenritten Rechnung getragen wird. Genosse Gliche wird mit der Kommission gemeinsam diese Frage zu lösen suchen und eine Resolution auszuarbeiten lassen, in der nicht nur die Zustimmung der Generalversammlung zum Anschluß kommt, sondern auch die künftigen Maßnahmen, die einer Versammlung entgegenzu müssen. — Gliche gibt der Hoffnung Ausdruck, daß durch ein solches Vorgehen die Abgrenzung der einzelnen Schiffszimmerer bewahrt wird. Die Versammlungsfrage gibt zum ersten Mal einen Bericht, welche erwidert sich in der Hauptsache auf eine Differenz der Gliche-Hamburg mit der Zentralfrage.

Arbeiterbewegung.

„Baterländische Arbeitervereine“. Unter der Bezeichnung: „Auslöschung zur Förderung der Selbständigen Vaterländischer Arbeitervereine“ hat sich der Reichsverband eine Filiale

geschaffen, die der Leitung des Generals v. Soebell unterstellt ist. Der genannte Ausschuss hielt dieser Tage seine Hauptversammlung ab, in der berichtet wurde, daß die „nationalen“ Arbeitervereine in Berlin im vergangenen Jahre um je 1000 Mitglieder monatlich zugenommen haben. Deshalb sei die Sozialdemokratie in verschiedenen sehr großen Betrieben in Berlin bereits jetzt zur völligen Ohnmacht verurteilt. Die Sozialdemokratie könne heute in Berlin einen Generalausstand überhaupt nicht mehr durchführen, weil ihr die „nationalen“ Arbeiter hindernd im Wege stehen.

Wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, kann sich diese Art der Berichterstattung nicht anders erklären, als daß die „nationalen“ Arbeiter dem Ausschuss mit dem langen Namen einen tüchtigen Wären aufgebunden haben. Die „nationalen“ Arbeitervereine sind stets auf Anwendungen von einflussreichen Gönnern angewiesen. Diese Anwendungen fließen um so reichlicher, je mehr ein Erfolg gezeigt oder doch wenigstens vorgekündigt werden kann. Auf letzterem Gebiete haben die „nationalen“ Arbeiter mehr als einmal Proben ganz hervorragender Leistungsfähigkeit geliefert und es kann höchstens fraglich sein, ob der Reichsverbandsgeneral v. Soebell tatsächlich alles, was von seinen Betreuen berichtet wurde, für bare Münze genommen hat. In Wirklichkeit haben die Welken in Berlin genau so wenig Einfluß als andernwärts auch.

Zur Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Während im Reichs-Weinleits-Altenburger Revier und in der Oberlausitz die Braunkohlenarbeiter im Streit stehen, rüsten sich auch die Bergarbeiter im Magdeburg-Brandenburg-Schweitzer und Leipzig-Vornauer Braunkohlenrevier. Am nächsten Sonntag finden im Braunkohlenrevier Belegschaftsversammlungen statt, in denen die Kündigungen vorbereitet werden sollen. Unter den Arbeitern dieses Reviers macht sich wegen der schroffen Ablehnung der Arbeiterforderungen durch die Werksbetreuer eine starke Gärung bemerkbar. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es auch hier in größerem Umfang zu Kündigungen und Arbeitseinstellungen kommt.

Im Leipzig-Vornauer Revier findet am demselben Tage eine von sämtlichen in Frage kommenden Verbänden einberufene Revierkonferenz statt, in der zur Lohnbewegung Stellung genommen werden soll. Auf einigen Werten dieses Reviers hat sich der Arbeiter eine erbiterte Stimmung bemächtigt, die diese Woche schon in kleineren lokalen Ausbrüchen ihren Ausbruch fand. Es ist zu erwarten, daß auch in diesem Revier es zur Vorbereitung der Kündigungen kommt. Sollte das eintreten, dann würde die Lohnbewegung der Braunkohlenarbeiter Dimensionen annehmen, wie es bisher im Braunkohlenbergbau Deutschlands noch nie der Fall war.

Tarifvertrag der Bäcker in Frankfurt a. M. Der Bäckerstreik im Vorjahre hatte nur Teilerfolge gebracht, jetzt aber konnte ohne Streit vor dem Gewerbegericht ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Danach werden die Mindestlöhne auf 28 Mk., für Betriebe mit mehr als drei Gehilfen auf 24 Mk. festgesetzt, für Hilfsarbeiter auf 21 bis 25 Mk. Ab 1. Oktober 1912 erhalten alle Arbeiter 1 Mk. Zulage. Logis beim Meister ist nur noch ausnahmsweise für Hilfsarbeiter auf deren Wunsch zulässig. Ein Ruhetag soll für Betriebe mit ein und zwei Gehilfen alle vier Wochen, mit drei Gehilfen alle drei Wochen, mit vier bis sechs Gehilfen alle zwei Wochen gewährt werden; größere Betriebe haben wöchentlich einen Ruhetag. Der Arbeitsnachweis bleibt in der Verwaltung der Innung, doch wird eine Kontrolle durch die Gehilfen eingerichtet. Ueber Beizurwerden entscheidet der Gewerbegerichtsvorsitzende.

Zur geplanten Ausbesserung der bayerischen Textilarbeiter. Die vom Revier süddeutscher Textilunternehmer angeordnete Ausbesserung der im Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter scheint im Industriebezirk Augsburg auf erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen. Mit der vielgerühmten Einigkeit der Textilindustriellen hat es anscheinend seinen Haken. So ist, um dem Ausbesserungsbeschlusse zu entgegen, die große Augsburgische Kammergarnspinnerei, N.-G., aus dem Textil-Industriellenverband ausgetreten.

Streik der Maurer in Zürich. Am Mittwoch ist in Zürich ein Streik der Maurer ausgedrochen. Die Unternehmer sind gewillt, keinerlei Forderungen zu bewilligen. Die Erbitterung unter den Arbeitern ist ungemein groß. Am Donnerstag erfolgte in den Straßen, die zum Arbeiterviertel gehören, ein Zusammenstoß mit der Polizei, die sich auch in der freien Schweiz als die Beschützerin des Kapitals aufstellt. Eine Menge scharfer Schlässe sollen abgegeben worden sein. Verwundet gab es auf beiden Seiten.

General-Ausstand in Madrid in Sicht? Aus Madrid wird gemeldet: Der nunmehr fast einen Monat dauernde Maurerstreik verschlummerte sich. Am Donnerstag begann auch in den übrigen Bauernberbe die solidarische Niederlegung der Arbeit. Falls die Forderungen der Maurer nicht bis Ende dieser Woche bewilligt sind, soll der Generalausstand proklamiert werden. Man hat Bedrohungen, daß der Streik auch auf die Provinzstädte übererweit.

Briefkasten

- Sprechstunden der Abaktion Montags nur v. 12—1 Uhr Mittags.
Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
- R. P., Rothkreuzham.** 1. Krankenpflege und Hauspflege, 2. Neu.
- A. M., Baumgarten.** Das Rechnen des Ofens hat der Wirt bejagen zu lassen, wenn nicht etwas anderes ausgemacht wurde. Kommt der Wirt seiner Pflicht nicht nach, dann lassen Sie den Ofen lehren und ziehen die Kosten von der Miete ab.
- A. P. K.** Ist die Wohnung gesundheitschädlich, dann durften Sie vom Vertrage zurücktreten und der Wirt muß das Ungeld zurückzahlen.
- A., Alfenstraße.** Der Gast ist verpflichtet, das Billardtuch neu zu erziehen.
- S. und W.** Eine einmalige Aufforderung genügt; wer daraufhin das Lokal nicht verläßt, macht sich des Hausfriedensbruchs schuldig.
- M. 100.** Die Naturalisation eines Ausländers kostet 150 Mk.; der Stempel kann aber bei Bedürftigkeit bis auf 5 Mk. ermäßigt werden.
- S. Gallendorf.** Der Nachlaß der Eltern ist an die Kinder gleichmäßig zu verteilen; es darf nicht ein Teil der Kinder von der Erbschaft ausgeschlossen werden.
- S. A.** Eine Lage besteht darüber nicht. Das Gericht entscheidet allein, was für das uneheliche Kind zu pfänden ist und was dem Vater bleiben soll.
- Martins, Fohrenstraße.** Kleine Wohnungen mit zwei Zimmern nebst Zubehör müssen am Abend des Ersten geräumt sein.
- G., Gräbchenstraße.** Warum die Gesellensauschüsse seit mehr als einem Jahre keine Sitzung abgehalten haben, wissen wir nicht. Wenden Sie sich an den Obmann, Statutenrat Reimann, Zobenstr. 28.
- Barthwig.** Nach einem Merkblatt der Breslauer Handwerkskammer darf sich ohne Prüfung Meister nennen, wenn am 1. Oktober 1901 das Handwerk selbständig und persönlich ausübte und an diesem Tage das Recht hatte, Lehrlinge anzuleiten. Da Sie seit April 1898 selbständig sind, können Sie sich den Meistertitel beilegen. Der Bürgermeister, der Ihnen das verweigert, ist im Unrecht. Wenden Sie sich an den Landrat und später an den Regierungs-Präsidenten. 2. Der Zwangs-Innung müssen Sie beitreten. 3. Schreiben Sie an den Schuhmacher-Verband in Breslau 6, Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 17.
- G. Glogau.** 1. und 2. Diese Police wird nicht gepfändet.
- S. J. A.** Das ist nicht nötig.
- G. H., Auerstraße.** Da Sie die Kleidungs- und Wäschegegenstände notwendig brauchen, muß sie Ihnen der Logistmister herausgeben. Tut er das nicht, so müssen Sie ihn beim Amtsgericht verklagen.

Trinkt Sinalco

Erscheint 3mal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Breuthen O.-S. Bäckerleien, Riffes, Suga, Pfeifferstraße 11. Brauereien, Vereins-Brauerei A.-G. Kurz-, Weiss- und Wollwaren.

Brieg Arbeiter-Konfektion, Neumann, R., Kieflerstr. 1. Die, Mittel. Bäckerleien und Konditoreien.

Bros. Farben, Verbandstoffe, Kank, R., Central-Druckerei. Holz- u. Kohlenhandlung.

Bach, Arth., Kinematograph, Kolonialwaren und Lebensmittel. Holz- u. Kohlenhandlung.

Bach, Arth., Kinematograph, Kolonialwaren und Lebensmittel. Holz- u. Kohlenhandlung.

Bach, Arth., Kinematograph, Kolonialwaren und Lebensmittel. Holz- u. Kohlenhandlung.

Bach, Arth., Kinematograph, Kolonialwaren und Lebensmittel. Holz- u. Kohlenhandlung.

Bach, Arth., Kinematograph, Kolonialwaren und Lebensmittel. Holz- u. Kohlenhandlung.

Bach, Arth., Kinematograph, Kolonialwaren und Lebensmittel. Holz- u. Kohlenhandlung.

Bach, Arth., Kinematograph, Kolonialwaren und Lebensmittel. Holz- u. Kohlenhandlung.

Bach, Arth., Kinematograph, Kolonialwaren und Lebensmittel. Holz- u. Kohlenhandlung.

Widners Gartenlokal, Stadelweg, Wladimir, Hinter, Breslauerstraße 3. Eisen- und Fahrradhandlung.

Klose, Friedr., Fahrrad- und Nähmaschinen, Klose, Friedr., Reparatur, Breslauerstraße 27.

Haus- und Küchengeräte, Weiß, W., Breslauerstr., Zeit- u. Kaffeezwg.

Kaufhaus, Kaufhaus Brauer, Breslauerstraße 19. Kolonialwaren.

Uhren, Gold- u. Silberwaren, Herrmann, Rudolf, Breslauerstraße.

Freiburg Bäckerleien und Konditoreien, Gendelin, Bruno (Kolonialwaren-Verl.).

Schrabeck, E., Fleischerei und Wurstfabrik, Schräbeck, E., Fleischerei, Breslauerstraße 12.

Glogau Fleischereien, Wiatthil, Oskar, Bollstraße 11. Herren-Artikel.

Breuer, Joh., Herren- u. Knaben-Garderobe, Breuer, Joh., Garderobe u. Maß.

Gorkau Bäckerleien, Rabold, Max, Siegmundstraße 43. Brauereien.

Haynau Abzahlungs-Geschäfte, Horn, Adolf, Brauer- u. Holzhandlung.

Fleischerei, Klose, Friedr., Fleischerei, Klose, Friedr., Fleischerei, Breslauerstraße 27.

Kaufhäuser, Hugo Brauer, Konfekt, Mobelw., Scholz, Fritz (4% Rabatt).

Kleider und Schuhwaren, Schumann, Eduard, Dombplatz 13, I.

Partiwaren und Resthandlung, Riefer, Clara, Wöschstraße 12, I.

Hirschberg Hirschberger Brauhaus, Arbeiter-Sachen, Schnitt-Verkauf.

Milke, G. A., Damen-Konfektion, Milke, G. A., Damen-Konfektion, Mittelstr. 10.

Meyer, K., Herren- u. Knaben-Garderobe, Meyer, K., Herren- u. Knaben-Garderobe.

Goldberg Glas- und Porzellanhandlung, Großer, Oswald, Ring 110.

Weinhold, Friedr., Glas- und Porzellanhandlung, Großer, Oswald, Ring 110.

Gorkau Bäckerleien, Rabold, Max, Siegmundstraße 43. Brauereien.

Haynau Abzahlungs-Geschäfte, Horn, Adolf, Brauer- u. Holzhandlung.

Herren- und Damenkonfektion, Sipper, W., Goldbergerstr. 35. Herren-Artikel.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Kochmann, S., Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2.

Klettendorf/Hartlieb Fahrradhandl. u. Reparaturwerkstatt, König, P., Klettendorf, Röhmsch, u. Gram.

Königshütte O.-S., Ausschank und Restauration, Teuber, M., Kaiserstr. 4.

Liegnitz Haurwitz, Ludwig, Herren-Artikel, Haurwitz, Ludwig, Herren-Artikel.

Walhalla-Theater, tgl. u. neu. Verfügt, tgl. u. neu. Verfügt, umgen von 4 Uhr ab.

Walhalla-Theater, tgl. u. neu. Verfügt, tgl. u. neu. Verfügt, umgen von 4 Uhr ab.

Walhalla-Theater, tgl. u. neu. Verfügt, tgl. u. neu. Verfügt, umgen von 4 Uhr ab.

Walhalla-Theater, tgl. u. neu. Verfügt, tgl. u. neu. Verfügt, umgen von 4 Uhr ab.

Walhalla-Theater, tgl. u. neu. Verfügt, tgl. u. neu. Verfügt, umgen von 4 Uhr ab.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Herren-Artikel, Engl. Wagon, (Zubeh.) (Zubeh.), Mittelstr. 2. Herren-Garderobe.

Restaurations, Freudenberger, S., Gasthof zum gelb. Löwen.

Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau, Fahrrad- u. Nähmaschinen, Gramophone.

Oels/Hundsfeld Buchdruckerei u. Papierwaren, Moeller, P., Sauerstr. Nr. 1.

Parchwitz Bäckerleien, Witter, Max, Breslauerstraße.

Qualkau Bäckerleien, Guld, Hermann, Qualkau.

Schweidnitz Fahrrad- u. Nähmaschinen, Gramophone.

Striegau Brauereien und Bierverleger, Genossenschafts-Brauerei.

Wolff, M., Herren-Artikel, Wolff, M., Herren-Artikel.

Wolff, M., Herren-Artikel, Wolff, M., Herren-Artikel.

Wolff, M., Herren-Artikel, Wolff, M., Herren-Artikel.

Wolff, M., Herren-Artikel, Wolff, M., Herren-Artikel.

